

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3-spaltige Petitzeile 40 Hg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Klassenkampf oder Standesbewegung.

I.

Grundlegende Begriffe haben, wie notwendig sie auch dem menschlichen Denken sind, die unangenehme Eigenschaft, leicht zu gedankenlos ausgesprochenen Schlagworten zu werden, oder wir wollen lieber sagen, wir Menschen haben die Untugend, die Gottesgabe der ordnenden allgemeinen Begriffe leicht zu unverstandenen und mißverständlichen Schlagworten entarten zu lassen. Welcher Unsug wird z. B. mit dem Begriff Klassenkampf, Klassen- und Standesbewußtsein usw. getrieben! Seit es eine Arbeiterbewegung gibt, werden diese Ausdrücke gebraucht und sind Anlaß zu principiellen Debatten und heißen Kämpfen in der Praxis. Seitdem sich im Jahre 1848 die erste deutsche Buchdruckerorganisation energisch gegen die Prinzipien des Klassenkampfes verwahrt, und seitdem 20 Jahre später die lassalianschen Gewerkschaften sie leidenschaftlich gegen die Gewerksvereine Girsch-Dumcher verteidigten, bis zum heutigen Tag, wo sich drei einheimische Gewerkschaftsrichtungen um die Berechtigung des Klassenkampfes streiten und sozialistische Akademiker sein Wesen in sophistischen Diskussionen zu ergründen suchen, wird unaufhörlich vom Klassenkampf in zustimmender oder verworfener Weise geredet und geschrieben. Wenn wir uns nun über den Begriff des Klassenbewußtseins und des Klassenkampfes klar werden wollen, müssen wir u. E. zunächst von der Phraseologie absehen, die in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen gebräuchlich ist. Ganz ohne Voreingenommenheit wollen wir untersuchen, was wir rein wissenschaftlich unter Klassenbewußtsein und Klassenkampf zu verstehen haben.

Was ist eine Klasse? Diese Frage zu beantworten scheint uns grundlegend. Wir antworten darauf in Kürze: Eine Klasse ist eine Gruppe von Menschen, deren Lebenshaltung und wirtschaftliche Lage ähnlich ist und deren soziale Stellung gewisse gleiche Merkmale aufweist. Auch eine übereinstimmende privatrechtliche oder staatsrechtliche Behandlung ihrer Zugehörigen kann eine Klasse auszeichnen. Privatrechtlich sowie staatsrechtlich befanden sich z. B. die Sklaven in einer besonderen Klassenstellung. Sie durften weder Eigentum erwerben noch solches besitzen und vererben (dies ist die privatrechtliche Seite); sie standen außerhalb des staatlichen Schutzes mit Leib und Leben ihren Herrn zugeeignet und lebten ohne bürgerliche Wahl- und Mitverwaltungsrechte (dies ist die staatsrechtliche Seite). In der mittelalterlichen Agrarhörigkeit, die sich besonders im Osten und Nordosten zu einem großen Abhängigkeitsverhältnis des Bauern von seinem Gutsherrn entwickelt hat, ist eine Art von Ueberbleibsel der antiken Sklaverei, besonders bezw. ihren privatrechtlichen und staatsbürgerlichen Folgen zu sehen, doch genießt der Hörige bereits den Schutz des politischen Gemeinwesens. Mit der staatsbürgerlichen Rechtlosigkeit einer Klasse geht im Mittelalter vielfach ihre besonders starke Belastung mit öffentlichen Abgaben Hand in Hand. Es war nicht zum wenigsten diese ungerechte d. h. eine einzige Klasse einseitig treffende Steuerbelastung, was die zahlreichen Revolutionen im Laufe der mittelalterlichen und neuzeitlichen Geschichte verursacht hat. Teils galten auch die konstitutionellen Ansprüche und Forderungen der Volksrechte, wie Wahl- und Versammlungrecht, Press- und Redefreiheit usw. der wirtschaftlichen Entlastung der gedrückten Klasse und der Beseitigung gesellschaftlichen, insbesondere adelicher Vorrechte staatsrechtlicher und steuerpflichtiger Natur. Unter dem „Sammelnamen“ „dritter Stand“ findet sich in der französischen Revolution alles zu-

sammen, was durch das öffentliche Recht und im Verfassungsleben benachteiligt ist. Sowohl im juristischen als auch im wirtschaftlichen Sinne können wir hierbei von einer Klasse reden, wie wohl es sich um Leute der verschiedensten Berufszugehörigkeit, Bauern, Handwerker, Arbeiter usw. handelt.

Ganz ähnlich verhält es sich bei uns im Jahre 1848, wo vor allem Handwerker, Bauern und Arbeiter ohne Betonung ihrer speziellen Berufs- und Standesforderungen den Kampf mit den politisch Privilegierten führen um die gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten und des Einflusses auf den Regierungsgang. In diesem Sinne kann man auch heute im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts und der Steuerreformen noch überall dort von einer benachteiligten Klasse sprechen, wo z. B. Adelsprivilegien bei der Befehung der Parlamente, ein Wahlzensus, Steuerprivilegien Einzelner, ungerecht das Volk bedrückende Verteilung der öffentlichen Lasten u. s. w. herrschen. Was sich in solchen Gemeinwesen als staatsrechtlich benachteiligte Klasse zusammenfindet, sind fast durchweg auch Leute übereinstimmender gesellschaftlicher Stellung und vor allem ähnlicher wirtschaftlicher Lage; es sind aber durchaus nicht Standesgenossen, sondern eine Vielheit aus Bauern, Handwerkern, gewerblich oder auf dem Lande arbeitenden Proletariern, kleinen Beamten usw. Natürlich ist diese politische Klassenbildung nicht genau das Spiegelbild der rein wirtschaftlichen und sogar nicht immer ganz dasjenige der sozialen, sie wechselt ja mit den politischen Zuständen des Einzelstaats und ist dauernden Veränderungen unterworfen. Es ist unleugbar, daß die verfassungsmäßigen und steuerpolitischen Privilegien heute in Deutschland im Verschwinden begriffen sind, der konstitutionelle Geist hat der Entwicklung zur bürgerlichen Gleichberechtigung und damit zur streng gerechten Verteilung der öffentlichen Lasten den Weg geebnet. Was wir in dieser Hinsicht heute noch vermessen, werden uns wohl die nächsten Jahrzehnte noch bringen.

Ist aber damit das Bestehen verschiedener Klassen dann aufgehoben? Immer noch bleibt ja das rein wirtschaftliche und privat soziale Merkmal, welches eine Klasse charakterisiert. Wir haben die formelle Rechtsgleichheit längst und gehen entschieden einer gewissen Demokratisierung unseres Verwaltungslebens entgegen. Die wirtschaftliche Kluft zwischen Reichen und Armen ist aber eher tiefer geworden als früher. Wenn nun früher die wirtschaftliche Lage die Klasse u. a. mit kennzeichnete, so muß dies doch auch heute noch der Fall sein. Somit suchen wir nun nach den Klassen der heutigen Gesellschaft.

Unser Blick fällt auf eine verwirrende Vielheit von Ständen und innerhalb derselben eine gewaltige Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage und sozialen Stellung. Ein einziges Bauerndorf, also ein Gemeinwesen, das von Angehörigen eines Standes gebildet wird, kann mindestens dreierlei Klassen des Besitzstandes und der Lebenshaltung, sowie der sozialen Stellung in sich bergen. Wenn man näher zusieht, findet man, daß fast jede Familie unter sich eine Klasse für sich bildet und bilden will. Sieht es im Beamtentum, dem man nicht ganz mit Unrecht Kastengeist nachjagt, wo aber auch zahllose Gehaltsstufen und damit verbundene Repräsentationspflichten sowie verwirrende Verschiedenheiten der Autoritätsrechte wirkliche Unterschiede bedingen, denn anders aus? Und wie ist's im Arbeiterstande, von dem man so gern als von einer einheitlichen Klasse spricht? Welcher wirtschaftliche und soziale Unterschied zwischen Qualifiziertem und Ungelerntem, zwischen männlichem Arbeiter und Arbeiterin, von Beruf zu Beruf usw.! Wie sehen die Lebensgewohn-

heiten und Kulturansprüche eines ostelbischen Landproletariats und diejenigen eines kunstgewerblichen Gehilfen oder Buchdruckers der Großstadt auseinander!

Gibt es denn wirklich eine einheitliche Klasse? Wir verneinen dies sowohl für den Arbeiterstand als auch für die übrigen Stände der Gesellschaft. Auch innerhalb des Arbeitgeberstandes stoßen wir auf dieselben, ja fast noch größere Verschiedenheiten der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Steht z. B. ein Großindustrieller oder Grubenbesitzer einem kleinen Handwerksmeister mit zwei Gesellen nicht jerner, als dem adligen Großagrariar und hat die wirtschaftliche und soziale Lage der Kleinhandwerker nicht ungemein viel Uebereinstimmendes mit derjenigen gehobener Arbeiterkategorien? Wenn wir also die Klasseneinteilung nach Besitz und Stellung machen wollen, müssen wir die Stände auseinanderreißen und viel miteinander verbinden, was sich in Wirklichkeit doch ziemlich fernsteht, oder wir erklären Klasse und Stand als identisch und begehen damit den Gewaltakt, mit der ganzen bisherigen Klassenauffassung in der Wissenschaft und Geschichte zu brechen.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat dies u. E. einfach getan. Er unterscheidet zwei Klassen, diejenige der Besitzer der Produktionsmittel und diejenige der Proletariat. Von Besitz-Einkommens-Lebenshaltungsunterschieden usw. ist hier also ganz abgesehen, ausschlaggebend ist nur die Stellung innerhalb der Produktion, die Stellung als Lohnarbeiter. Logischerweise müssen zur gewerblichen Lohnarbeiterkategorie, ob dies dem Marxismus angeheim ist oder nicht, auch die Beamten gezählt werden, denn sie arbeiten mit fremden Produktionsmitteln, entweder mit denjenigen des Fabrikherrn als Privatbeamte oder mit denjenigen des Staats. Sie genießen nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit, sondern beziehen Geldlohn, dessen volkswirtschaftliches Wesen sich durch die Bezeichnung Gehalt keineswegs ändert. Die Proletariatklasse würde also, wenn wir die Konsequenzen der marxistischen Auffassung ziehen, vom höchsten Minister bis zum ärmsten Hilfsarbeiter laufen, diejenige der Besitzer vom Industriekönig bis zum kümmerlichsten Bäuerlein.

Hier werden sich nun die Sozialdemokraten aber selbst untreu. Sie zählen den Minister nicht zu den Proletariern. Als Vermögensbesitzer ist er ja auch in manchen Fällen mitbeteiligt an Industrieunternehmen oder am Grundbesitz, er hat also Mitbesitzrecht an Produktionsmitteln. Wie ist's nun aber mit vermögenslosen hohen Beamten und wie auf der anderen Seite mit Arbeitern, die ein paar tausend Mark geerbt haben oder etwas Ackerland besitzen? Sonderbarerweise und dies läßt sich eben nur parteipolitisch erklären — rechnet die Sozialdemokratie den Kleinbauern, obwohl er seine Produktionsmittel besitzt, zum Proletariat. Sie läßt jenen Arbeiter, der nebenbei etwas Gewinn vom Mitbesitz an Produktionsmitteln in Form von Spartasparzinen zieht, beim Proletariat. Mit diesen Zugeständnissen gibt die Sozialdemokratie eben zu, daß doch auch ihr die Ähnlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Konfliktfalle wichtiger bei der Bestimmung der Klassenzugehörigkeit ist, als der Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln. (Schluß folgt in der nächsten Nr.)

Mehr Arbeit für die Hütten- und Walzwerksarbeiter.

„Der Angelpunkt des Hüttenarbeiters ist die Regelung der Arbeitszeit.“ so wurde mit Recht auf der Konferenz der Hüt-

ten und Walzwerksarbeiter am 11. August in Duisburg herabgehoben. Und der Kern dieser Spezialfrage gipfelt in der Einführung des Achtstundentages für die Feuerarbeiter. Diese Forderung stößt denn auch am allermeisten auf den geschlossenen Widerstand der Unternehmer, wie es auch die Stellungnahme der den Werksbesitzern nahestehenden Presse zu den Forderungen und Beschlüssen unserer Konferenz gezeigt hat. Die „Rölnische Zeitung“, das Sprachrohr der Großindustriellen, brachte einige Tage nach der Konferenz (Nr. 848, zweite Morgenausgabe vom 14. August 1907) einen zwar sehr sachlich und sachmännisch gehaltenen Leitartikel, der sich aber mit der Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz gegen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit wendet. Als Antwort auf diese und auch anderwärts erhobenen Einwürfe wollen wir nachstehend die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Wieber bezüglich der Arbeitszeit aus seiner Rede in der Konferenz am 11. August über die Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter wiedergeben:

Nachdem der Redner ein großzügiges Bild von der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie gegeben und die Lohnfrage an Hand eines reichhaltigen statistischen Materials behandelt hatte, kam er zur Frage der Arbeitszeit, die er als den Kernpunkt des Hüttenarbeiterschutzes bezeichnet. Wohl kein anderer Beruf habe heute noch solche übermenschlich lange Arbeitszeiten, wie die Hütten- und Walzwerksarbeiter, was aber noch um so schwerwiegender sei, da es auch keinen Beruf gebe, der eine so schwere und körperlich aufreibende Anstrengung verlange. Geradezu unglaublich sei der Umfang der Ueberarbeit neben der schon so wie so zu langen regelmäßigen 12stündigen Schicht. Arbeiter und Meister müßten hier zusammenwirken, daß hier Wandel geschaffen werde. Es sei festgestellt worden, daß Arbeiter 40 und mehr Arbeitsstunden hintereinander geleistet hätten. Auch würde die Arbeit häufig von Samstag auf Sonntag ausgedehnt. Die Behörden seien zu leicht geneigt, Sonntagsarbeit zu gestatten, da diese gewöhnlich als dringende Arbeit bezeichnet würde. Mitunter seien auch die maßgebenden Persönlichkeiten in den unteren Verwaltungsbehörden an den Werken mitbeteiligt, dann sei dies noch schlimmer.

In Saar wäre ein Arbeiter, der einmal 10 Sonntage hintereinander gearbeitet hätte. Auch wurde von ihm verlangt, daß er fünfmal von Samstags bis Montag morgen arbeiten sollte. Als er um Ueberweisung in eine andere Abteilung gebeten habe, sei dies abgelehnt worden. Bei einer anderen Firma seien 21 Schichten und 5 Stunden in einer 14tägigen Wohnperiode gearbeitet worden. Ein Schlosser ist in einer Woche dreimal 24 Stunden beschäftigt gewesen, ein anderer habe einmal 36 Stunden geleistet; auf dem Kupferwerk der Niederrh. Hütte habe ein Arbeiter 51 und auf der „Phönix“ einer 56 Stunden hintereinander gearbeitet. Bei Krupp seien in der Zeit vom 1. bis 15. September 1906 von einzelnen Arbeitern 178, 179, 176, 159, 161, 170, 165, 174 und gar einmal 180 Stunden gearbeitet worden. Nicht in allen Fällen seien allerdings die Arbeiter von den Betriebsleitern zu dieser Arbeitsleistung gezwungen worden, sondern manche Arbeiter hätten sich auch vielfach freiwillig herangedrängt. Das müsse auch bedauerlicherweise festgestellt werden. Es liege aber im Interesse der Gesamtheit, daß diesem Raubbau an der Arbeitskraft Einhalt geboten werde.

Ein unhaltbarer Mißstand ist die regelmäßig wiederkehrende 24-Stundenschicht. Diese muß unbedingt beseitigt werden und dazu ist der Achtstundentag für die Feuerarbeiter unbedingt notwendig. Die Eisengroßindustrie Deutschlands ist auch finanzkräftig genug, um die dadurch entfallende Mehrbelastung zu tragen.

Die nachstehenden Zahlen dürften den Beweis erbringen, daß die deutsche Eisengroßindustrie in der Lage ist, die Reform durchzuführen. Den Anweisung, welche dieselbe in den letzten 40 Jahren genommen, grenzt geradezu an das Fabelhafte. Auch die Reingewinne der großen Hüttenwerke gehören mit zu den höchsten aller Industriezweige. Bei den allgemein fortgeschrittenen Arbeitsverhältnissen mag es als ein fürchterliches Unrecht empfunden werden, wenn von Arbeitern heute noch wie vor 100 Jahren 12stündige, ja alle 14 Tage 24stündige Arbeitszeit abverlangt wird, wie es beim Hochofenbetrieb der Fall ist. Der Hochofenarbeiter ist von allen Hüttenarbeitern der ärmste, weder Lohnmäßig, Oftern noch Pfringsten erhält ihn von seiner anstrengtesten Arbeit, er gleicht einer lebendigen Arbeitsmaschine. Die Rücksicht auf eine etwaige kleine Dividendenvermehrung, oder etwas übertriebene Furcht vor der Konkurrenz, sollte in einer solchen Lage nicht mehr als ein Vorwand sein.

Wir sind der Meinung, der achtstündige Arbeitstag für Hochofenarbeiter ließe sich einführen, ohne daß die deutsche Eisenindustrie von der Konkurrenz erdrückt werden würde. Eine erhöhte Arbeitsleistung dürfte noch eintreten, welche einen Teil der Mehrkosten wieder ausgleichen würde. Die deutsche Eisenindustrie hat alle Länder der Welt außer Amerika überflügelt. Im Jahre 1865 produzierte Deutschland 975 000 Tonnen Eisen, England 4896 000 Tonnen, 1875 Deutschland 2 029 000 T., England 6 432 000 T. 1895 " 5 464 501 " 1905 " 10 058 273 " 1906 " über 12 Millionen Tonnen, während England nur 10 Millionen 1906 produzierte. Innerhalb 40 Jahren hat sich die deutsche Produktion mehr als verdoppelt, während die Arbeiterzahl der Hochofenwerke sich kaum um die Hälfte vergrößerte, sie stieg von 28 129 im Jahre 1873 auf 38 458 im Jahre 1906. In gleichem Zeitraum konnte die englische Industrie ihre Produktion nur verdoppeln. Andererseits sind aber auch die Gewinne derartig, daß ohne die Werke in Gefahr zu bringen, die Achtstundenschicht durchführbar ist, sind doch Hüttenwerke zu bezeichnen, welche 50 bis 75 % Dividende zur Verteilung bringen. So konnte die Hütte der Hütte Gewinne verteilen im Jahr 1896 53 ein Drittel %; 1897 54 zwei Drittel %; 1898 62 %; 1899 70 %; 1900 50 %; 1901 40 %; 1902 40 % und so weiter von 50 bis 75 %; außerdem sind die Abschreibungen so enorm, daß dieses Millionen-Unternehmen mit sage und schreibe 14 Mk. zu Buch sieht. Annähernd gleich hohe Dividende konnte die Hütte Rote Erde verteilen, welche ebenfalls seit 20 Jahren nicht unter 20 bis 50 % zur Verteilung brachte und hierbei noch über 11 Millionen Abschreibungen vornahm. Die Hütte konnte die Selbstkosten seit dem Jahre 1875 von 64 Mk. pro Tonne auf 25 Mk. herabdrücken.

Die Werke Phönix, Saar, Rheinische Stahlwerke, Meiderich, Gute Hoffnungshütte, Hörder Verein, Hösch, Rombacher Hütte, König- und Lurrahütte, Bochumer Verein, Union, Aumeg-Friede, Georg Marienhütte, Deutsch-Luxemburg hatten Gewinne 1904 52 Mill., 1905 57 Millionen, 1906 78 Millionen Mark oder im Durchschnitt im Jahre 1906 14 % Dividende. Die Durbacher Hütte konnte 45 % verteilen. Wir sind objektiv genug, um anzuerkennen, daß es auch Werke gibt, welche nicht gleich hohe Gewinne abwerfen; ebenso, daß viele Werke in der Vergangenheit schwere Verluste zu tragen hatten. Doch diese Zeiten sind wohl jetzt für immer vorüber. Die deutsche Eisenindustrie ist die kapitalträchtigste, bestorganisierte unter allen Industrien Deutschlands, ja, es darf kühn behauptet werden, fast aller Länder der Welt. Durch die neueren technischen Verbesserungen in Stahl- und Walzwerksbetrieben, in dem die fertigen Waren in einer Hitze durchgearbeitet werden, sind allein 4 bis 1 1/2 Mk. Ersparnis an Brennmaterial pro Tonne erzielt. Arbeitslöhne nicht eingerechnet. Ein moderner Hochofen liefert heute in 24 Stunden mehr Eisen, als vor 100 Jahren im ganzen Jahre möglich war. Trotzdem ist die Arbeitszeit die gleiche geblieben, ist nur aufreibender, härter geworden.

Der Wert der erzeugten Rokeiten stieg in Deutschland vom Jahre 1886 von 142 266 000 Mark auf 573 724 000 Mark im Jahre 1905 und dürfte jetzt die Summe von 800 Millionen Mark erreicht haben. Diesen Zahlen gegenüber verschwinden fast die notwendigen 15 bis 20 Millionen Mark für Löhne, welche durch Einführung der achtstündigen Schicht im Hochofenbetrieb mehr notwendig werden.

In England ist für die eigentlichen Hochofenarbeiter schon längst die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Die Stahl- und Walzwerksarbeiter stellen daselbst Samstags mittags um 12 Uhr die Arbeit ein, während sie in Deutschland nicht nur den ganzen Tag, sondern auch die Nacht bis Sonntags morgens oft bis 7, 8 und 10 Uhr tätig sind und dieselben Arbeiter Montags morgens oft schon um 2 Uhr zur Arbeit gehen müssen. Im Stahl- und Walzwerkbetrieb werden demnach in England annähernd 1 1/2 Schichten weniger gearbeitet pro Woche als in Deutschland. Die Erleichterung, die England schon längst seinen Arbeitern geschaffen, sollte auch den deutschen Feuerarbeitern billigerweise nicht länger vorenthalten werden. Auch die Verständigung auf internationalem Wege, Regelung dieser Frage herbeizuführen, halten wir nicht für so aussichtslos und unmöglich, wie es vielfach geäußert wird. Wo ein Wille ist, gibt es auch einen Weg. Heute schon besteht ein Stahl- und Eisenrat, welcher alle Länder Europas umfaßt und Amerika demselben beizutreten gedenkt, somit wird der Weltalltag nur eine Frage der Zeit sein. Wir erkennen durchaus nicht, daß die Einführung des Achtstundentages einen gewaltigen Eingriff in die jetzigen Verhältnisse darstellt, ebenso sind wir überzeugt, daß es große Opfer der Werke erfordert; aber trotz alledem muß diese Kulturforderung erhoben, mit aller Energie evil. Hilfe der Gesetzgebung zu erreichen gemacht werden. Die so schwer arbeitenden Feuerarbeiter können von der öffentlichen Meinung erwarten, daß ihnen die nötige Beachtung und Unterstützung zuteil wird. Die Eisengroßindustrie bietet ihren Arbeitern die schlechtesten Arbeitsbedingungen unter allen Gewerbegruppen, auch sie muß zur Ueberzeugung gebracht werden, daß ihre Aufgabe nicht nur darin be-

stehen kann, die Produktionen ins Ungeheure zu steigern, sondern auch den Arbeitern ihr schweres Los zu erleichtern.

Die Hütten- und Walzwerksarbeiterkonferenz hat, wie schon in voriger Nr. kurz erwähnt, in der Deffentlichkeit die weitgehende Beachtung gefunden. Die Wirkung ist natürlich eine ganz verschiedene gewesen. Die arbeiterfreundliche bürgerliche Presse hat eingehend über die Verhandlungen berichtet und einmütig auf der ganzen Linie die Konferenz eine bedeutungsvolle Kundgebung bezüglich Ausbau des Arbeiterschutzes in der Eisengroßindustrie genannt. Die Unternehmerpresse kann die Bedeutung der Konferenz auch nicht in Abrede stellen, sucht dagegen die erhobenen Klagen als übertrieben und den Achtstundentag als unmöglich nachzuweisen. Im sozialdemokratischen Lager hat das eindrucksvolle Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Hütten- und Walzwerksarbeiter eine nicht geringe Wirkung von Aerger und große Aufregung verursacht. Die sozialdemokratische Presse Westdeutschlands kann gar nicht zur Ruhe über die ihr so unbehagliche Tagung kommen und sucht zu nörgeln und zu mißkreditieren, so gut und schlecht es ihr möglich ist, während das sozialdem. Zentralorgan der „Vorwärts“ anscheinend vor lauter Aerger die Sprache verloren hat, da er noch mit keiner Silbe die Konferenz erwähnte. „Dortmunder“ und „Niederrheinische“ Arbeiter-Zeitung (Nr. 193) richten in einem Leitartikel aus Anlaß der Konferenz die gehässigsten Angriffe gegen die Christlich-Sozialen, insbesondere gegen das „Reich“ Berlin, Stöcker, Dr. Burtchardt, und lassen dann folgende plumpe Unwahrheit folgen:

„Die meisten „christlichen“ Delegierten in Duisburg benutzten Materialien aus der Denkschrift des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Berichterstatter unseres Bochumer Parteiblattes, der aus eigener Anschauung die Eisen- und Stahlwerkszustände kennt, schrieb, eine Anzahl der „christlichen“ Redner hätten offensichtlich keine eigenen Kenntnisse der Hüttenwerkszustände, wesentlich hätten sie nur wiederholt, was der Genosse Hue im Reichstag vorbrachte oder was in der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes steht.“

Das ist ein direkter Schwindel und entspringt nur der großen Verlegenheit der Sozialisten, die es nicht über sich bringen können, der Wahrheit die Ehre zu geben und die Tatsache einzugestehen, daß der christliche Metallarbeiterverband zuerst und ohne fremdes Zutun energisch für die Hütten- und Walzwerksarbeiter eingetreten ist. Die Denkschrift des soziald. Met.-Verbandes, die nur den Reichstagsabg. zugänglich gemacht wurde, war vielleicht kaum einem einzigen von den mehr wie 100 Delegierten der Duisburger Konferenz bekannt; letztere hatten diese Denkschrift und die Rede Hue's gar nicht notwendig. Aus ihrer langen praktischen Tätigkeit in den großen Hüttenwerken hatten sie Material aus eigener Erfahrung mehr wie genug und bedurften keiner sozialistischer Quellen. Wenn der Berichterstatter des soziald. Bochumer Parteiblattes aber trotzdem das Gegenteil schreibt, kam er nicht zu jenen Vertretern der Presse gerechnet werden, die wahrheitsgetreu berichten und die als anständige Vertreter ihres Standes in Zukunft zu derartigen Veranstaltungen ohne weiteres Zutritt erhalten.

Im übrigen wird dieser plumpe Schwindel der soziald. Blätter im Ruhrgebiet sogar von ihrer eigenen Parteischwester, nämlich der soziald. „Rheinischen Zeitung“ in Köln, der kein Mensch auf Gottes weite Welt eine besondere Vorliebe für die Christlichen nachsagen wird, direkt üben gestraft. Die Rhein. Ztg. vom 14. Aug. 1907 schreibt nämlich zu den Konferenzverhandlungen: „Die Redner waren als teilweise ehemalige Hüttenarbeiter sehr gut über die Verhältnisse in den Feuerbetrieben orientiert.“ Damit sind die verlogenen Behauptungen der sozialdemokratischen Ruhrpresse genügend charakterisiert.

In demselben Geiste wie obige wahrheitswidrige Behauptung bewegt sich ein zweispaltiger Artikel der sozialdemokr. „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 34, der angeblich von einem Walzwerksarbeiter (sollte er nicht Otto Hue heißen?) herrühren soll. Aus dem ganzen Artikel spricht nur maßlose Wut der roten Genossen über das zielbewusste und eindrucksvolle Vorgehen des christlichen Verbandes. „... elende Farce ... großes Väterlichkeit der christlichen Tagung ... Ah ihr Zentralschriften laßt ja keinen Hund vom Dfen ...“ In diesem Ton kreischt das rote Parteiblatt zwei Spalten hindurch, statt sich darüber

zu neuen, wenn auch auf christlicher Seite etwas für die Hüttenarbeiter geschieht. Nachdem die Met.-Ztg. sich dann äußerst gereizt darüber beklagt hat, daß nur bürgerliche und keine sozialdem. Abgeordneten zu der Konferenz eingeladen waren, kreischt sie wörtlich weiter:

„Und wenn Franz Wieber für den christlichen Metallarbeiterverband die „Priorität“ in Anspruch nimmt, „den Stein ins Rollen“ gebracht zu haben zur Verbeiführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Feuer- und Hüttenarbeiter, so liegt die grobe Unwahrheit der Behauptung klar zutage. „Entsamtiger Jesuwiter!“ würde Onkel Bräutigam wohl sagen.“

Gemach, Du wütende Stuttgarterin! Deine Wut, Dein Schimpfen und Loben ist schon allein der beste Beweis dafür, daß der „Entsamtiger Jesuwiter“ früher aufgestanden und für die Hütten- und Walzwerksarbeiter auf den Plan getreten ist, wie die führenden Geister des sozialdemokratischen Verbandes, trotzdem der letztere Verband einige Jahrzehnte älter ist als der christliche! Und das bestätigt ja die Metallarbeiter-Zeitung selbst in ihrem Schlußsatz. Dort tröstet sie sich damit, wenn wir uns jetzt den Anschein göben, die Sozialdemokraten in der Fügigkeit zu übertrumpfen, so will sie sich

„— um noch mal als mit „Entsamtiger Bräutigam“ zu reden — damit begnügen, in der „Richtigkeit“ voran zu sein.“

Dieß man diesen Satz, so muß sich jeder vernünftige Mensch fragen, wie es die Met.-Ztg. fertig bringen kann, vorher zwei ganze Spalten voll gespitzter Kraft- und Schlagworte zu dem Nachweis anzuwenden, daß der sozialdemokratische Verband der erste gewesen sei. O, Otto, (der Walzwerksarbeiter?) Du spottest ja Deiner selbst und blamierst nur Dein Verbißblatt!

Wie liegen die Tatsachen? Im Jahre 1904, als weder der sozialdem. noch der Hirsch-D. Verband noch nicht das geringste für die Hütten- und Walzwerksarbeiter getan hatten, trotzdem sie schon über 30 Jahre, der christl. Verband aber erst 5 Jahre alt waren, da nahm der christliche Metallarbeiterverband auf seiner 3. Generalversammlung in Offenbach a. M. nach einem längeren eingehenden Referat über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hüttenindustrie einstimmig eine Resolution an, in der unter ad 2 gefordert wurde:

„Für diejenigen Feuerbetriebe, bei denen eine Unterbrechung des Produktionsprozesses vorab nicht möglich ist, sowie bei gesundheitschädlichen chemischen Industriezweigen soll entweder durch Reichsgesetzgebung oder durch Verfügung des Bundesrats die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden.“

Dannals schrieb der „Vorwärts“, der jetzt so schweijam ist, in direkt zustimmendem Sinne zu der Resolution folgendes:

„Wir sind überzeugt, daß viele Freunde der Christlichen lange Gesicht gemacht haben, als sie die Annahme der obigen Resolution erfuhren. Wir können mit dieser Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zufrieden sein.“

Erst ein Jahr später, im Jahre 1905 kam die sozialdem. Partei im Reichstag mit einem Antrag auf Erhebungen und im Jahre 1907 kam endlich der sozialdem. Met.-Verband mit seiner Denkschrift, mit der Herr Abg. Hure dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß vorgehen wollte, der sich bekanntlich auch mit der Frage befaßt wird und leider im vergangenen Winter wegen der Reichstagsauflösung verlagert werden mußte. So liegen die Dinge in Wahrheit und somit kann der christl. Metallarbeiterverband mit vollem Recht die Priorität für sich in Anspruch nehmen, den Stein ins Rollen gebracht zu haben.

Die Hütten- und Walzwerksarbeiter mögen diese unumstößliche Tatsache beherzigen und sich derjenigen Organisation in Massen anschließen, die zuerst und mit Nachdruck ihre Interessen vertreten hat; das ist und bleibt der christliche Metallarbeiterverband!

Die Fabrik-Pensionkassen

sind zweifellos von allen sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen diejenigen, die von Seiten der Unternehmer und der ihnen ergebenden Presse stets am meisten gelobt werden. In allen Tonarten wird stets nur von dem großen Segen geredet, den die Pensionskassen den Arbeitern bringen sollen, und werden stets diejenigen als Verräter der Arbeiter gebrandmarkt, die bei dem großen „Segen“ ein Haar in der Butter gefunden haben. Zu denjenigen Unternehmern, die sich auf ihre Pensionskassen ganz be-

sonders was zu gute tun, gehörte von jeher die Firma Krupp, trotzdem auch hier der größte Teil der bei ihr beschäftigten Arbeiter viele Mißstände bei der Pensionskasse beklagten. Jetzt hat nun die Abteilung Friemersheim des Kreisgewerbegerichts Wörs in Sachen der Fabrik-Pensionskassen ein Urteil gefällt, daß für alle Arbeiter, die in derartigen Wohlfahrts-einrichtungen sind, von so großem Interesse ist, daß wir den Sachverhalt und die Begründung des Urteils hier folgen lassen.

Kläger war der Kupferschmied L., der fünf Jahre lang bei der Firma Krupp in Rheinhausen auf der Friedrich-Alfred-Hütte beschäftigt war. Derselbe war aus wichtigen Gründen entlassen worden und beantragte daher die Rückzahlung seiner Pensionskassenbeiträge und des Eintrittsgeldes. Dieses Gesuch wurde abschlägig beschieden. Daraufhin strengte er Klage bei der Spruchkammer Friemersheim gegen die Firma an, die zunächst den Einwand erhob, das Gewerbegericht sei nicht zuständig. Dieses erklärte sich aber dennoch für zuständig und kam in der Verhandlung zur Verurteilung der Firma aus folgenden Gründen:

„Die beklagte Firma hat für alle auf ihrer Friedrich-Alfred-Hütte Rheinhausen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen eine Pensionskasse eingerichtet, deren Statut nach den Angaben der Firma die Genehmigung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz erhalten hat. Ob und inwieweit die Einrichtung der Kasse mit Zustimmung der Arbeiter oder des Arbeiterausschusses erfolgt ist, oder ob dieselben dazu auch nur gehört worden sind, geht aus dem Statut nicht hervor. In der Arbeitsordnung der Beklagten ist keine Bestimmung enthalten, durch die ihre Arbeiter verpflichtet werden, der betreffenden Pensionskasse beizutreten; der Kläger hat also in seinem Arbeitsvertrage eine derartige Verpflichtung nicht übernommen. Seine zwangsweise Heranziehung zur Zahlung von Eintrittsgeld und Beiträgen zu dieser Kasse, sowie die bezüglichen Lohnabzüge sind daher in rechtswidriger Weise erfolgt.“

Ist schon bei den gesetzlich vorgeschriebenen Fabrik-Krankenkassen gemäß Paragraph 59 des Krankenversicherungsgesetzes Voraussetzung, daß die im Betriebe beschäftigten Personen auf dem Wege des Arbeitsvertrags (durch Fabrikordnung) zum Beitritt verpflichtet werden, um wie vielmehr muß dies bei Kassen privater Natur der Fall sein. Zwar bestimmte Paragraph 33 Ziffer 2 der Arbeitsordnung der Beklagten, daß bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht werden die Beiträge und Eintrittsgelder zu einer etwaigen Pensionskasse. Dieser Passus könnte aber nur dann in Geltung treten, wenn Kläger der Kasse freiwillig als Mitglied beigetreten oder zum Beitritt rechtlich verpflichtet gewesen wäre. Beides ist nicht der Fall. Wenn es in dem Statut der Pensionskasse Paragraph 1 heißt, „alle auf der Friedrich-Alfred-Hütte gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen sind berechtigt und verpflichtet, der Pensionskasse beizutreten,“ so ist dies für den Kläger nicht rechtsverbindlich, denn nicht dieses Statut, sondern lediglich die Arbeitsordnung bildet die Grundlage seines mit der Beklagten abgeschlossenen Arbeitsvertrags.

Aber auch die Bestimmung des § 15 des Kassenstatuts, daß mit dem Ausscheiden des Mitgliedes aus dem Dienst der Firma alle Ansprüche desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse erlöschen, verstößt in einer Weise gegen Treu und Glauben, und der gegen den Kläger ausgeübte Zwang zur Anerkennung einer derartigen Bestimmung so gegen die guten Sitten, daß das ganze zwischen dem Kläger und der Pensionskasse etwa bestehende Rechtsgeschäft als nichtig bezeichnet werden muß. (§§ 138, 157 B. G.-B.) Denn die Firma bzw. jeder ihrer Betriebsführer (vergl. Nachtrag zur Arbeitsordnung vom 15. Sept. 1904 Art. 2) ist jederzeit in der Lage, in völlig einseitiger und willkürlicher Weise die Kassenmitglieder durch Entlassung aus dem Dienst der Firma um alle ihre wohl erworbenen Rechte an der Kasse zu bringen.

Wie sehr überhaupt die Kasse mit der Firma und ihren Interessen verquickt ist, geht aus manchen eigenartigen Bestimmungen des Statuts hervor. So ernannt die Firma den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und den Kassensführer, während die stimmberechtigten Mitglieder 4 Beisitzer wählen. Ferner soll es gestattet sein, dem Arbeiter, dem endlich eine Pension zufällt, der Firma geschuldete Vorschüsse usw. an der Pension in Abzug zu bringen. Allerdings mit seiner Einwilligung, die aber so lange als vorhanden angenommen wird, als der Betreffende keinen

Einpruch erhoben hat. Ferner behält die Firma sich darüber die Entscheidung vor, ob die frühere Dienstzeit bei der Firma bei der Berechnung der Pension ganz oder teilweise eingerechnet werden soll; ferner muß ein Mitglied auch gegen die Entscheidung des Vorstandes pensioniert werden, wenn es die Firma verlangt und zwei Drittel der Pension bezahlt. Mehrfach werden auch die Beschlüsse des Vorstandes noch von der Zustimmung der Firma abhängig gemacht. Die Firma ist in der Handhabung der Kassenangelegenheiten also fast souverän, obgleich sie nur ein Drittel der Beiträge aufbringt. Wollte man aus dem Umstand, daß der Kläger sich die Lohnabzüge längere Zeit hat widerspruchslos gefallen lassen, den Schluß ziehen, er habe dadurch sein stillschweigendes Einverständnis kundgegeben, so würde doch dadurch die Rechtmäßigkeit der Abzüge nicht erwiesen sein. Denn Verträge, die dem Paragraph 115 zuwiderlaufen, sind gemäß Paragraph 117 der G.-D., Abs. 1 nichtig, und Paragraph 115 verlangt klipp und klar bare Auszahlung des Lohnes.

Aber auch Absatz 2 des Paragraphen 117 ist zu berücksichtigen, nach welchem alle Vereinbarungen zwischen den Gewerbetreibenden und ihren Arbeitern nichtig sind, die über die Verwendung des Verdienstes der letzteren getroffen werden zu anderen Zwecken, als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und ihrer Familien. Es soll nicht bestritten werden, daß die Pensionskasse für einzelne Arbeiter als eine solche Einrichtung betrachtet werden kann. Da aber die Pensionierung erst bei völliger Arbeitsunfähigkeit nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von 10 Jahren bei der Firma oder ohne Arbeitsunfähigkeit nach einer 40jährigen ununterbrochenen Dienstzeit bei der Firma eintritt, liegt es auf der Hand, daß diese Einrichtung nur einem geringen Bruchteil der Arbeiter zugute kommen kann, zumal, da die Firma es jederzeit in der Hand hat, durch eine wenn auch nur zeitweilige Entlassung den Eintritt dieser Verbesserung der Lage der Arbeiter völlig illusorisch zu machen. Um der Voraussetzung des Paragraphen 117 Abs. 2 zu entsprechen, genügt es aber nicht, daß die Verbesserung der Lage einzelnen Arbeitern zugute kommt, sondern es müssen ihrer alle ohne willkürliche Beschränkungen seitens der Firma teilhaftig werden können, was bei der rigiden Fassung des Statuts nie der Fall sein kann. Selbst wenn man also eine stillschweigende Vereinbarung zwischen der Beklagten und dem Kläger, daß letzterer der Kasse beizutreten müsse, annehmen wollte, würde diese nichtig sein.

Aus allen diesen Gründen kam das Gericht übereinstimmend zu der Ueberzeugung, daß der gegen den Kläger geübte Zwang zum Beitritt zu dieser Pensionskasse unstatthaft war, die zwangsweise eingezogenen Beiträge und Eintrittsgelder daher rechtswidrig am Lohn gekürzt worden sind und demgemäß dem Kläger zurückgezahlt werden müssen, und ist in diesem Sinne erkannt worden.“

Soweit die Begründung des Urteils. Durch dasselbe ist der Glorienschein der „Wohlfahrt“, der die Krupp'sche Fabrik-Pensionskassen bisher zu Unrecht umgeben hat, in Grund und Boden zerstört worden. Es gibt sogar noch eine ganze Reihe dieser Pensionskassen, die für die Arbeiter noch ungünstigere Bestimmungen enthalten. Hoffentlich werden diesem einzig vernünftigen Urteil des Friemersheimer Gewerbe-Gerichts die übrigen Gewerbe-Gerichte, die sich mit derartigen Fragen beschäftigen müssen, folgen, um endlich einmal auf diesem Gebiete einen Rechtsboden für die Arbeiter zu schaffen, der es den Unternehmern unmöglich macht, sich auf Kosten ihrer Arbeiter mit einem Wohlfahrtsnimbus zu umgeben, der ihnen absolut nicht zukommt. Unsere Kollegen werden hoffentlich aus dem Urteil die nötigen Lehren ziehen und überall in der gleichen Weise den Fabrik-Pensionskassen auf den Leib rücken. Wir sind selbstverständlich gerne damit einverstanden, wenn den arbeitsunfähigen Arbeitern eine Pension verschafft wird, die sie in ihren alten Tagen vor Not schützt. Aber dann muß es ohne Beschränkung der Freizügigkeit des Arbeiters geschehen, am besten durch einen dementsprechenden Ausbau der Alters- und Invaliditätsversicherung, und nicht wie es jetzt durchweg der Fall ist, nur zu dem einen Zweck, um die Arbeiter an das Werk zu fetten und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, entschieden und energisch für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten.

Zum bevorstehenden deutlichen Arbeiterkongreß

schreibt Herr Licenz Wrumm in der evangelischen Monatskorrespondenz der Sozialen Geschäftsstelle u. a. folgendes:

Die Einladung zum 2. großen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß ist ergangen. Es handelt sich

Bei diesen Kongressen um die umfassendste Heerschau der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft. Alle übrigen Verbindungen sind, der Wahl nach, bedeutungslos im Vergleich zu diesem Körper, der Oktober 1903 in Frankfurt zum ersten Male sich zusammensand und Oktober 1907 zum andern Mal sich zusammenfinden soll.

Christliche Gewerkschaften und Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband, evangelische und katholische Arbeitervereine, mehrere einzelstehende Verbände und Staatsarbeiter-Vereinigungen haben im Jahre 1903 sich zusammengeschlossen, um ihre gemeinsamen Interessen in breiter Öffentlichkeit zu vertreten. Vom Frankfurter Kongress waren alle Zeitungen voll. Der Reichskanzler empfing förmlich die Abordnung des Kongresses, die die Beschlüsse überreichte. Der Kaiser hatte in einem warmen, eigenhändigen Telegramm die neue Verbindung begrüßt. 622 000 deutsche Arbeitnehmer waren es, die sich zum Kongress zusammensanden. Alle die dort zusammengeschlossenen Arbeiterverbände sind inzwischen erheblich gewachsen, sodaß sich eine Gesamtzahl von zirka 1 007 000 Seelen gibt, die ihre Vertreter zum Berliner Deutschen Arbeiterkongress zu entsenden gedenken.

Es ist die Eigenart des Kongresses, daß er streng eine Veranstaltung der Arbeiter ist. Wögen den konfessionellen Arbeitervereinen auch Mitglieder anderer Stände mit gutem Rechte angehören. Auf den Kongressen soll nur die Arbeiterstimme reden. Die 200 Delegierten von Frankfurt waren ausnahmslos aus dem Arbeiterstand hervorgegangen: auch in Berlin wird diese Eigenart, und uns scheint mit vollem Recht eingehalten; wenn der Arbeiterstand um die Selbständigkeit ringt, darf er sich dabei nicht von Angehörigen anderer Stände gängeln lassen, sondern muß das hohe Gut eigener Verantwortung sich wahren.

Während die große sozialdemokratische Heerschau, die demnächst wieder in Essen stattfindet, am liebsten in den Wogen der hohen Politik plätschert und für die eigentlichen konkreten Fragen des Arbeiterschutzes wenig Zeit übrig hat, ist der Kongress der christlich-nationalen Arbeiterschaft streng der Vertretung von realen Arbeiterinteressen gewidmet.

Auf jeden Fall ist der Kongress, der am 20. Oktober vormittags 11 1/2 Uhr in den Germania-Sälen Berlin N., zusammenzutreten wird, von größter Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Ein Jeder in der deutschen Arbeiterschaft, der seine Interessen entschieden durch seine Kameraden vertreten zu sehen wünscht, braucht nur nicht mehr nach der Sozialdemokratie zu schauen, es gibt auch eine starke Vertretung seiner Interessen auf christlich-nationaler Grundlage.

Es ist wesentlich für den Kongress, daß, was ihn zusammengeführt hat, nicht nur eine gemeinsame Not und eine gemeinsame Bedrängnis, sondern ein gemeinsames positives Ziel ist. Alle Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bedienstete und Angestellte sind eingeladen, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundzüge anerkennen und eine Fortführung der Sozialreform anstreben. Es ist also nicht nur ein „antisozialdemokratischer Kongress“ von Leuten, die nichts innerliches mit einander gemeinsam hätten wie den Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, sondern es ist ein großer Zusammenstrom von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen, die trotz aller inneren Verschiedenheit ein breites Feld christlicher und nationaler Gedanken und Gefühle gemeinsam haben. Das gewährleistet die innere Kraft und Dauer der Bewegung.

Dabei lehnt die Bewegung aber es ausdrücklich ab, sich einer politischen Partei zuzurechnen. Wir wissen, daß solche die christlich-sozial und konservativ, solche die liberal in allen Schattierungen und solche die zum Zentrum gehören, als Delegierte auf dem Kongress sein werden. Man will nicht dem Wollenswundersheim einer neuen, künstigen „nationaldemokratischen Arbeiterpartei“ zusteuern, die nur an ihre Klasseninteressen dachte, sondern man will Einfluß auf die große Mehrheit des Reichstages haben. Und man wird zugestehen, daß diese schnell sich mehrenden Massen solchen Einfluß gar bald beanspruchen können.

Es sind Realpolitiker aus der Arbeiterschaft, die den Kongress beraten und leiten. Und doch liegt ein idealistischer Zug deutlich erkennbar über dem Ganzen. Dachte man bloß materiell, man trotzte wohl bequem im großen sozialdemokratischen Hausen. Daß diese Männer, in denen das Arbeiterbewußtsein stark pulsiert, sich von ihren verführten Kameraden getrennt haben und eigene Wege suchen, um des Reichstages Besess zu fördern, ist schließlich eine Kampfbewegung des christl. Gewissens geworden.

Und auch die Angehörigen anderer Stände sollten in unserer ersten Zeit mit herzlicher Freude und Teilnahme auf die große christlich-nationalen Heerschau im Arbeiterstand schauen, die der Oktober bringen soll.

Zur Reform der Arbeiterversicherungsgeetze

wird uns von einem Kollegen aus Mitteldeutschland geschrieben:

Zu dem Thema brachte unser Organ Nr. 32 einen längeren Artikel, der die Beseitigung der Betriebskrankenkassen forderte. Nun sträuben sich aber die Unternehmer gegen die Aufhebung der Betriebskassen und versuchen, dieselben recht glänzend und leistungsfähig darzustellen. Nach den Ausführungen der „K. Ztg.“ stellt ein Herr Prof. Stier-Somlo, Bonn, die Betriebskrankenkassen in ein besseres Licht und betont das sozialpolitische Moment der Annäherung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Davon haben die Arbeiter als die Zunächstbeteiligten bis heute noch gar nichts gemerkt, oft ist das Gegenteil von dem wahrzunehmen, was der Besitzerworter der Betriebskassen anzunehmen scheint. Es ist sodann in dem Artikel weiter ausgeführt, wie in Wirklichkeit die praktische Tätigkeit und Tüchtigkeit der Betriebskassen aussieht. Dazu noch einige Beispiele aus einem größeren Werke der Großindustrie Mitteldeutschlands. Wie viele Betriebskassen antiozial wirken, zeigen die Wahlen zu denselben. Ist es doch vorgekommen, daß in einzelnen Abteilungen die Wahlen getätigt wurden, ohne die Mitglieder dazu aufzufordern und einzuladen. Es wurden einfach die Listen ausgehängt, auf welchen so und soviel dem Werke genehme Vertreter verzeichnet standen, ohne Zutun und Wahl der beteiligten Arbeiter. Das nennt nun dann „Arbeitervertreter“ der Krankenkasse.

In letzter Zeit hat sich in diesem Punkt hier vieles gebessert. Nicht allein, daß von den Arbeitern selbst brauchbare Vertreter gewählt sind, ist es auch schon gelungen, in den Vorstand der Kasse Arbeiter hinein zu bringen. Ein weiterer Mangel ist es bei der hiesigen Betriebskasse, daß die Kassenärzte einen unbegrenzten Einfluß haben, besonders deshalb, weil sie zum Teil noch Aktionäre des betr. Werkes sind, und sozusagen als Arbeitgeber fungieren. Verlangt der krankgewordene Arbeiter, auf Grund seiner Rechte als Kassenmitglied, eine anständige Behandlung, so hat er es gleich mit dem Arzt-Arbeitgeber zu tun und bei noch so kleinsten Ursachen zeigt man ihm wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Er wird einfach entlassen. Kranke Arbeiter kann der Arbeitgeber nicht gut gebrauchen. Bei der Ausfertigung von Attesten bezüglich Unfall- oder Invalidenversicherung ist der Arzt dann auch zu leicht geneigt, partiell zu urteilen und Schreiber dieses sind solche Fälle bekannt, wo das Urteil des Arztes zu gunsten des Werkes aber zum Schaden des Arbeiters ausgefallen ist. Es soll jedoch betont werden, daß es auch unparteiische Kassenärzte gibt, aber gerade in den Betriebskrankenkassen ist leider viel öfter das Gegenteil davon anzutreffen wie in den Ortskrankenkassen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich auch dafür, daß die Betriebskassen besser verschwinden und durch Ortskassen ersetzt werden, wo die Arbeiter mehr Mitbestimmungsrecht haben und solche Fälle, wie geschildert, nicht vorkommen. Darum ist es Pflicht aller Arbeiter, besonders der organisierten und nicht zuletzt unserer Kollegen, die Augen offen zu halten, alle vorkommenden Fälle zu sammeln, in der Presse bekannt zu geben und dafür zu sorgen, daß wenn eine wirkliche Reform der Arbeiterversicherungsgeetze zu Stande kommen soll, die Betriebskassen zuerst verschwinden und durch Ortskassen ersetzt werden. Die Betriebskassen sind im letzten Grunde genommen ein den Groß-Unternehmern genehmes Mittel, um sich eine abhängige Arbeiterschaft zu erhalten. A. J.

Die letzten Wochen standen im Zeichen des Internationalismus. In Stuttgart tagten die sozialistischen Proletarier aller Länder, die politisch die Welt sozialisieren wollen. Gleichzeitig oder die Tage vorher fanden dort eine Reihe von internationalen Kongressen der sozialistischen Gewerkschaften statt. Die rot organisierten Metallarbeiter hatten aber nicht Stuttgart, sondern Brüssel ausersehen, wo in den Tagen vom

Soziale und gewerkschaftliche Wandlungen.

Eine „Komödie“.

Die letzten Wochen standen im Zeichen des Internationalismus. In Stuttgart tagten die sozialistischen Proletarier aller Länder, die politisch die Welt sozialisieren wollen. Gleichzeitig oder die Tage vorher fanden dort eine Reihe von internationalen Kongressen der sozialistischen Gewerkschaften statt. Die rot organisierten Metallarbeiter hatten aber nicht Stuttgart, sondern Brüssel ausersehen, wo in den Tagen vom

12. bis 16. August ein internationaler Metallarbeiterkongress stattgefunden hat. Natürlich waren nur sozialistische Organisationen eingeladen und vertreten. Das Resultat der viertägigen Verhandlungen, die in der sozialistischen Presse, speziell in der „freien“ Metallarbeiter-Zeitung, mit großem Pomp angekündigt wurden, ist aber mehr wie mager, oder gleich null. Zunächst beschäftigte man sich nach dem Bericht des „Vorwärts“ mit der Alkoholfrage, jedoch ohne ein positives Ergebnis. Nach Anhörung des Geschäftsberichts, den der internationale Sekretär, Genosse Schliche-Stuttgart, erstattete, verlangten die Engländer die Herabsetzung der Beiträge, sonst würden sie aus dem Bund austreten und den Kongress sofort verlassen. Um die Engländer nicht zu verlieren, mußte ihnen der Kongress wohl oder übel den Willen tun. Sonst wurde für das Interesse der Metallarbeiter nichts, rein gar nichts praktisches gearbeitet.

Dieses vollständige Versagen ist selbst den „Genossen“ zu laut. Die „Schmiede-Zeitung“, Nr. 34, das Organ des sozialdem. Schmiedeverbandes, der selbst durch zwei Delegierte in Brüssel vertreten war, übt an der in Brüssel aufgespielten „Komödie“ eine vernichtende Kritik. Das sozialdem. Gewerkschaftsblatt rügt schon die Art der Einladung, sowie die gänzlich unfruchtbaren Verhandlungen und schreibt dann wörtlich weiter:

„Die Frage, die gegenwärtig am wichtigsten zwischen Deutschland und England ist, über die wurde kein Wort gesprochen. Wir meinen die Lieferung von Streikbrechern von England nach Deutschland. Nicht nur zu den Streiks der Hafenarbeiter und Seelente, auch nach Dresden zu Seidel und Raumann wurden solche aus England geholt. Hier standen Metallarbeiter im Streit und gelernte, qualifizierte Arbeiter wurden von England nach Dresden geholt. Diese Angelegenheit hätte zur Sprache gebracht werden müssen; hier wäre eine Aussprache notwendig und am Platze gewesen. Aber davon wurde kein Sterbewörtchen gesagt. Im Gegenteil, der Berliner Delegierte vom Deutschen Metallarbeiterverband (Sohn) hielt es bei der Beitragsherabsetzungsdebatte mit einer kleinen Nebenbemerkung für notwendig, den Engländern noch Weisheit zu streuen. „Es wäre ungerecht, den Trades-Unions vorzuwerfen, daß englische Streikbrecher während des letzten Streiks in Dresden gearbeitet haben“, meinte der Biedere. Jedenfalls sollen diese noch belobt werden dafür, daß die Unternehmer dort immer noch ganze Massen von Streikbrechern holen können.“

Wenn wir nun aus den viertägigen Verhandlungen die Punkte herausuchen wollen, welche durch diese Verhandlungen den deutschen organisierten Metallarbeitern gebracht wurden, dann müssen wir offen gestehen, daß dies nicht gut möglich ist. Wenn man nicht die eine Tatsache anführen will, daß dem Sekretär Genossen Schliche 2000 Mk. als Ehrenhonorar bewilligt wurden, bliebe nur das andere Gute, daß in Zukunft wenigstens nicht mehr so viel zu solchen Komödien bezahlt zu werden braucht. Es wird ja immer mehr Mode auch in der Arbeiterbewegung, der bürgerlichen Gesellschaft alles nachzuäffen. Zu dem Ehrenhonorar wird auch bald ein Ehrentitel, eine Ehrenmedaille und das Ehrenbürgerrecht kommen. Daß der Schluß dieses Schaustückes ein besonders glänzender war, versteht sich am Rande. Wir wollen hier der Bericht wörtlich folgen lassen: „Die Abstimmung (auf Herabsetzung der Beiträge) ergab die einstimmige Annahme, die mit freudigem Beifall, Händeklatschen und Gratulationen aufgenommen wird. Auf aller Miene und im gegenseitigen Händeschütteln drückt sich die Freude der Delegierten über die vollbrachte Einigkeit aus, die später auch von Davis im Namen der Engländer als ein alle erfreuendes Resultat der zum Teil durch die Differenzen beschwerten Verhandlungen bezeichnet wurde. Auch alle folgenden Redner betonten in ihren Dankagungen voll tiefer Befriedigung das neubestiegte herzliche Einvernehmen der organisierten Arbeiter Englands mit denen des Kontinents.“ Und als die Engländer ihren Antrag, den nächsten Kongress in England abzuhalten, durchgedrückt hatten, gab es noch einmal so ein Stück Einigkeit. Zum Schluß fasten die Engländer die übrigen Genossen bei den Händen und sangen das schottische Lied: „Auld Long Syne“ in der symbolischen geschlossenen Kette der internationalen Arbeitervertreter, die auch diesmal in einer kritischen Situation von Meinungsverschiedenheiten sich bewußt wurden, daß sie zusammengehören in einer Phalanx gegen den geschlossenen Feind.

Wir müssen uns nur wundern, daß unsere beiden Delegierten bei diesen Kindereien nicht davongelaufen sind. Bei der Beitragsdebatte hörte man nichts von den Engländern von der geschlossenen Kette. Eine solche Komödie haben wir in der Arbeiterbewegung noch nicht erlebt. Wenn dies der ganze Erfolg ist, dann können die armen Arbeitsklaven der Metallindustrie noch Jahrhunderte und Jahrtausende weiter in ihrem Elend schmachten.“

Soweit die Schmiede-Zeitung, das Organ eines sozialdem. Verbandes, der selbst auf dem Kongress vertreten war. Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen, als daß die christlich-organisierten Metallarbeiter es nicht ablehnen würden, solche — dabei auch noch sehr kostspieligen — „Komödien“ mitzumachen. Diesen Ruhm wollen wir neidlos den Sozialisten überlassen.

Zum Kapitel „Wohlfahrts-Einrichtungen“.

Der Kölnischen Volkszeitung Nr. 707 wird zu diesem Thema geschrieben:

Die Köln. Volksztg berichtete in Nr. 504 über das eigenartige Vorgehen von Unternehmern in Coblenz und Bülkingen, welche ihren Arbeitern für den Bergbau auf das Koalitionsrecht eine besondere Bekämpfung in Kautschuk stellen. Siehe unten ausführlich.

Streiks und Lohnbewegungen.

Gewerkschaftsblätter (Holz- und Metallarbeiter-Organ) einen ähnlichen Fall aus Pfuld an der holländischen Grenze mit. Die Direktion der Pfuldurger Hütte versetzt nämlich die dort ausblühende christlichen Gewerkschaften mit einer solchen Prämie für nichtorganisierte Arbeiter zu unterdrücken und wählte zu diesem Zweck die Form einer „Spartasse“. Ein Anschlag in dem Werke teilte den Arbeitern folgendes mit:

„Um unseren Arbeitern, die keiner Organisation angehören oder angehören wollen, einen Zusammenstoß zu ermöglichen, schlagen wir folgendes vor: einen Sparverein zu gründen, den wir durch Prämien unterstützen wollen. . . Ausnahme kann jedem bewilligt werden, welcher keiner Organisation angehört, die bei Streiks- und Ausperrungen ihren Mitgliedern Unterstützung gewährt. Nach einjähriger ununterbrochener Dienstleistung gewähren wir 10 Proz., bei dreijähriger 20 Proz., bei sechsjähriger 40 Proz. und bei zehnjähriger 50 Proz. Zinsen der eingezahlten Spargelder. Ein Wochenbeitrag von 40 Pfg. soll eingeleistet werden.“

Das ist nichts anderes als eine „gelbe“ Gewerkschaft mit der Etikette: Sparverein. Solche Einrichtungen werden dann auch noch als „Wohlfahrts-einrichtungen“ bezeichnet und damit die Arbeiter gegen Einrichtungen die diesen Namen wirklich verdienen, nur misstrauisch gemacht. Wie das genannte Werk ferner mit den Inhabern seiner Werkwohnungen verfährt, ersieht man aus folgendem Passus des von jedem Falle erlittet das Mietrecht für den Mieter, auch wenn ihm Vermieterin nicht gekündigt haben sollte, mit dem Tage des Austrittes aus den Diensten derselben, und hat Mieter mit diesem Tage die Wohnung zu räumen.“ Die vom christlichen Metallarbeiterverband am 11. August in Duisburg abgehaltene Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter hat mit Recht gegen eine derartige Einengung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter Einspruch erhoben und bezüglich der Werkwohnungen gefordert, daß die Kündigungsfreiheit unabhängig von der Lösung des Arbeitsverhältnisses der ortsüblichen Gepflogenheit angepaßt werde. Unternehmer, welche die von ihnen geschaffenen Arbeiterwohnungen als Wohlfahrts-einrichtungen angeichen wissen wollen, werden diese Forderung sicherlich als berechtigt anerkennen.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

Ein drastisches Beispiel für dieses Kapitel liefert folgende Notiz, die kürzlich durch die Tagespresse glanz:

„Wir lehnen jeden Tarifvertrag ab. Mit dem Angestellten-Ausschuß verhandeln wir nicht. Dagegen haben wir beschlossen, zu gegebener Zeit und zwar aus völlig freier Entschliebung einige Aufbesserungen durchzuführen. Arbeiter aber, die den Anforderungen unserer Prüfungsordnung nicht genügen, werden wir entlassen.“ Das ist in kurzem der Inhalt eines in der Volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung Nr. 14 vom 15. Juli 1907 veröffentlichten Ukases, den der Vorstand der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend unlängst an seine Beamten und Hilfsarbeiter erlassen hat. Der Kassenvorstand will also „Herr im Hause“ bleiben. Es geniert ihn auch nicht, daß er mit seinem Ukase gegen einen bindenden Beschluß des Düsselbörger Kassenkongresses verstößt. Und die sozialdemokratische Presse stellt diesen „brutalen Herrenstandpunkt“ nicht gebührend an den Pranger? . . . Der Vorsitzende des Leipziger Kassenvorstandes, der Urheber und Unterzeichner des selbstherrlichen Erlasses, heißt Otto Pollender, Redakteur der Leipziger Volkszeitung. . . . Jetzt wundern wir uns nicht mehr über das Schweigen im roten Blätterwalde.

Daraufhin hat sich jedoch die „Leipz. Volksztg.“ gemeldet und die ganze Sache nur inhaltlich bekämpft. Das Blatt schreibt:

„Wir wollen an unserem Teile nur feststellen, daß die oben in Anführungsstrichen gesetzten Sätze „freie“ Arbeit der Post sind. Der sogenannte „Ukase“ der Ortskrankenkasse umfaßt etwa 70 Druckzeilen. Zur Sache soll kurz erwähnt sein, daß mit der Ablehnung des Tarifvertrages auch die Generalversammlungsvertreter einverstanden sind. Auch wollen wir feststellen, daß der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, Genosse Pollender, in der Redaktion der Leipziger Volksztg. nicht tätig ist.“

Ob der Obergenosse Pollender Redakteur an der Leipzigerin ist oder nicht, ist nebensächlich. Viel schwerwiegender ist die Sache noch dadurch, daß auch die Generalversammlungsvertreter — alles Sozialdemokraten — Segner des Tarifvertrages sind. Sie handeln gemäß der Aeußerung der Leipziger Volksztg.: „Zum Teufel mit den Tarifverträgen. . . .“ Und das wollen dann die patentierten Arbeitervertreter sein, die den „Herrenstandpunkt“ der Unternehmer bekämpfen wollen.

Ausperrung in der Münchener Gelbmetallindustrie.

In der hiesigen Gelbmetallindustrie hat seit drei Jahren ein Tarif mit Mindestlöhnen bestanden, der jetzt erneuert werden sollte. Obwohl die Unternehmer vor dem Einigungsamte zugaben, daß der bis jetzt geltende Tarif mit den vereinbarten Löhnen, den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspreche, ist es trotzdem nicht gelungen, einen neuen Tarif abzuschließen. Die Unternehmer blieben auf ihrem Scharfmacherstandpunkt, daß um keinen Preis Mindestlöhne vereinbart werden dürften; sie erklärten, daß sie auf Grund eines Beschlusses des Bayer. Metallindustriellenverbandes in Nürnberg, woher mit den Arbeiterorganisationen verhandelt, noch irgendwelche tarifliche Vereinbarungen treffen dürften.

Hierauf hat der Metallindustriellenverband sich der Angelegenheiten bemächtigt und fanden dann im Kunstgewerbehaus zwischen den Vertretern des Bayer. Metallindustriellenverbandes und der Lohnkommission Verhandlungen statt, die zu keinem Resultate führten. Am Mittwoch den 14. August traten 78 Arbeiter von vier Firmen in den Streik.

Die in dem Bayer. Industriellenverband organisierten Arbeitgeber griffen nun zu jedem Mittel der Ausperrung und ab Freitag 16. August 16 Uhr abends wurden einfach sämtliche organisierte Arbeiter (247 einschließlich der 78 Streikenden) ausgesperrt. Eine Freitag abends stattgefundene Versammlung der Arbeiter der Gelbmetallindustrie beschloß nun, denjenigen Firmen, die nicht ausgesperrt haben und dem Bayer. Industriellenverband nicht angehören, den Tarif zur Anerkennung vorzulegen. Im Weigerungsfalle treten dann die Arbeiter dieser Firmen in den Solidaritätsstreik. Die Aussperrten gehören zum deutschen und zum christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband.

Gelsenkirchen. Der Klemperstreik ist beendet. In einer Versammlung der ausländigen Klemperer wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Klemperermeister haben eine Arbeitsordnung vorgeschlagen, die zum größten Teil den Wünschen der Gehülften nachkommt. Nach dieser Arbeitsordnung ist neben einer bedeutenden Lohn-erhöhung auch die Arbeitszeit auf neuneneinhalb Stunden herabgesetzt. Außerdem am Samstag 1 Stunde und an den Tagen vor den hohen Feiertagen um 2 Stunden ohne jeglichen Lohnabzug gekürzt. Da diese Zugeständnisse seitens der Meister gegen die früher eingereichte Arbeitsordnung bedeutend vorteilhafter für die Gesellen ist, beschlossen dieselben, die Arbeit am Montag, den 26. August, wieder aufzunehmen. — In einem hiesigen Genossenblatt wird in bekannter Ueberhebung die Unwahrheit verbreitet, diese Bewegung sei vom deutschen (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverband allein geführt worden. Das ist direkt un wahr, da auch unser Verband vom Anfang an dieser Bewegung aktiv mitbeteiligt war. Falls denn den Genossen gar so schwer, der Wahrheit die Ehre zu geben?

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugung fort.

Werdohl. Bei der Firma Colmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.

Barmen. Die Klemengangschlosser stehen im Streik resp. in Ausperrung.

Magdeburg. Die Klemperergehilfen streiken.

Düsseldorf. Bei der Firma Wöste & Comp. (Fittingswert) sind sämtliche Schmiede und Zuschläger in den Ausstand getreten.

Osnabrück. In der Gasuhrfabrik Stromschroder stehen die Arbeiter im Ausstand.

Ahlen. In den Westfälischen Stanz- u. Emaillewerken Differenzen wegen Maßregelung.

Hannover-Linden. Die Bauhölzler stehen im Streik.

Ahlen i. W. Ueber die Stanz- und Emaillewerke Gebr. Selter ist die Sperre verhängt.

Sampertheim. Die Arbeiter der Süddeutschen Drahtindustrie Waldhof stehen in einer Lohnbewegung.

W. m. Bei der Firma Flume u. Leuz sind Differenzen ausgebrochen. Schlosser, Dreher, Schmiede Zugung fernhalten.

Samburg. Streik der Schmiede.

Friedenthal (Siegtkreis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Porz (am Rhein). Auf der Abelenhütte sind Differenzen infolge schlechter Behandlung und sonstiger Mißstände ausgebrochen.

Nürnberg. Die Arbeiter der Fahrradsattel- und Taschenfabrik Assmann stehen im Streik.

Nuppichteroth (Brühlthal). Die Firma Gebr. Willach, Möbelschloß- und beschlägefabrik, hat ihren Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt.

München. Sämtliche organisierte Gürtler, Metall-drücker, und Schleifer sind ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche Edelweissarbeiter ausgesperrt.

Falkau. Die Arbeiter der Draht- u. Schraubenfabrik Falkau stehen in einer Bewegung.

In Enschede (Holland) stehen die Metallarbeiter im Streik.

Zugung ist fernzuhalten.

Essen. Der Klemperstreik ist nach achtstägiger Dauer auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen beendet. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer.

Lünen i. W. Die Lohnbewegung bei der Firma W. Meier ist mit Erfolg durch einen Tarifabschluß beendet. Näherer Bericht folgt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. September der sechsenddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 8. September 1907 fällig.

Den Zeitungsendungen an die Ortsgruppen liegen Formulare bei zum Ausweis der früheren Mitgliedschaft für aus anderen Verbänden übertretende Mitglieder. Das Ausweisformular ist richtig auszufüllen und hinter das Titelblatt des Mitgliedsbuches einzulegen. Wie weit die Mitgliedschaft in anderen Organisationen beim Uebertritt in unsern Verband angerechnet werden kann, besagt § 5 Abs. 3 des Verbandsstatuts, welcher lautet:

Mitglieder, welche aus anderen Verbänden übertreten, erhalten die Mitgliedschaft und ihre erworbenen Unterstützungsansprüche, soweit sie sich mit denen unseres Verbandes decken, bis zu einem Jahre angerechnet, wenn sie ihre Beiträge gezahlt haben. Etwas restierende Beiträge, die aber nicht mehr als 8 Wochen betragen dürfen, müssen dieselben beim Uebertritt in unsern Verband nachzahlen. Beim Uebertritt aus Verbänden, welche geringere Beiträge und Unterstützungen haben, werden die letzten gezahlten 52 Wochenbeiträge in Wochenbeiträge unseres Verbandes umgerechnet und die so gewonnene Wochenzahl als Karenzzeit angerechnet.

Beim Ausstellen der Mitgliedsbücher an übertretende Mitglieder ist dieses genau zu beachten.

Die Aufnahme schein e von den dem Verbanbe beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses von jetzt ab besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Die wöchentlichen Meldungen zur Erwerbslosenunterstützung sind nur auf den eigens dazu ausgegebenen Meldebarten oder Meldeformulare zu machen. Zu Materialbestellungen benutze man nur die Bestellkarten. Es gibt immer noch Ortsgruppenführer, welche in einem Brief oder auf einer Karte Bestellungen machen, Versammlungen anzeigen, Meldungen zur Erwerbslosigkeit machen usw. Dieses Durcheinander in einem Schreiben erschwert die Arbeit ungemein und kommen dadurch die meisten Unregelmäßigkeiten vor. Gewöhne man sich deshalb an Ordnung und benutze für jede besondere Bestellung ein besonderes Formular oder Blatt Papier.

Aus dem Verbandsgebiet.

Ferlohn. Um die größere Deffentlichkeit mal wiederum auf die gegenwärtigen Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft aufmerksam zu machen, veranstalteten wir am Sonnabend, den 3. August, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Herr Redakteur Klassenbeul-Essen sprach zuerst über die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur Gewerkschaftsfrage. Redner ging aus von der Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, verschuldet durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung, bis zur offenen Erklärung, Partei und Gewerkschaften seien eins. Ebenso beleuchtete er die Antireligiosität derselben. Das Schädliche und Unsinnige des Klassenkampfes bewies er in überzeugender Weise, und zog folgenden Schluß hieraus: Da es nun doch eine feststehende Tatsache ist, daß die freien Gewerkschaftsverbände eins sind mit der sozialdemokratischen (atheistischen) Weltanschauung, ist es notwendig, daß die christlichen Arbeiter sich frei machen von der sozialdemokratischen, und vernünftige Gegenwartsarbeit treiben. Verfehlt wäre es aber, wenn nach Schwärmgeistermannier geglaubt würde, wie es z. B. die G.-V. Gewerksvereine machten, die Frage der Weltanschauung viele gar keine oder doch nur eine ganz untergeord-

nete Rolle hierbei. Mit der Tatsache müsse man sich doch endlich abfinden, daß von der Sozialdemokratie alles aufgebieten würde, um das Christentum zu bekämpfen, und da sei es entweder kindliche Einfalt oder Heuchelei von den P.-D. zu glauben, daß dieses von den Arbeitern nicht berücksichtigt zu werden brauche. Deshalb sei der Platz für christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften. Ein Mittelweg gibt es nicht.

Sodann sprach Kollege Weinbrenner über Hochkonjunktur und Krise. Glänzend steht das deutsche Wirtschaftsleben da, und mit dem kulturellen Fortschritt Deutschlands könne man zufrieden sein. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß der wirtschaftliche Hochstand überschritten sei. Angesichts dessen sei die Frage berechtigt, hat der Arbeiter in der guten Zeit nun soviel übergehalten von seinem Lohn, daß er der Zeit der schlechten Beschäftigung sorgenlos entgegensehen kann? Das müsse leider verneint werden. Gewiß gebe er zu, daß der Lohn gestiegen sei, aber weniger infolge der besseren Einsicht der Unternehmer, sondern nur durch das tatkräftige Eingreifen der Gewerkschaften. Gleichzeitig müsse aber auch berücksichtigt werden, daß durch die Steigerung der Lebensmittel (dieselbe ist in mehreren Nr. dieser Zeitung eingehend besprochen, so daß wir an dieser Stelle darauf verzichten können), teuren Mieten, hohe Steuer usw., die Lohnerhöhung ziemlich wett gemacht, so daß mancher Familienvater sich frage: „was nun.“ Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter könne aber beruhigt sein, die Organisation (der christliche Metallarbeiterverband) würde schon für ihn sorgen; anders aber der Unorganisierte, er habe niemanden, der für ihn eintrete, und von Fabrik zu Fabrik biete er sich an, weil er auf jeden Fall Unterkommen haben müsse, wolle er nicht der Wohltätigkeit anheimfallen. Mit einem warmen Appell an die Versammlung, nicht der Totengräber der eigenen Existenz, durch Fernbleiben von der Organisation zu sein, schloß er seine Ausführungen.

In der sich anschließenden Diskussion sprachen zuerst einige, nach ihren Aussagen unorganisierte (wir sind anderer Meinung) und verlangten Belehrung, warum es nicht einen einzigen Verband für Metallarbeiter gebe. Die Belehrung wurde ihnen in eingehender Weise zu teil. Nun trat ein Herr Chlör in die Arena, dem es nicht gefallen, daß der Kollege Kaffenbeul die evangelischen Arbeiter zum Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband aufforderte, vielmehr sei der Platz der evangelischen Arbeiter im Hirsch-Dunder Gewerbeverein, er als Katholik wisse dieses, denn die christlichen Gewerkschaften seien Zentrums-Gewerkschaften. (Na, na.) Zum Beweise aufgefordert, antwortete er, in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung sei ein Hoch auf Papst und Kaiser ausgebracht worden. (Schrumm-Schrumm).

Kollege Kaffenbeul machte dem Herrn plausibel, daß er nicht die mindeste Ursache habe, sich als Zionswächter der evangelischen Arbeiter auszuspielen, daß möge der Katholik Chlör ruhig den evangelischen Arbeitern überlassen.

Dann sprach Herr Zöllner, Lokalbeamter des Gewerbevereins der Hirsch-Dunder in Hagen. Die Ausführungen dieses Genies spotten jeder Beschreibung, einige Stillproben werden genügen. Das erste, mit dem er seinen Redefluß begann, lautete: Ich betrachte das ganze heute Abend als ein Komödienstück — im ähnlichen Tone ging's weiter: „Der Uebermensch Hartwich (evangelischer Arbeitersekretär) — ekelhafte Kampfesweise der Christlichen — ich kann es mit meiner Ehre nicht vereinbaren, daß evangelische Arbeiter den christlichen Gewerkschaften beitreten usw. Folgende objektiv unwahre Behauptungen stellte er auf, aus Unkenntnis oder Bosheit bleibe dahingestellt:

1) In Beleda sind die Arbeiter von den Christlichen in den Streit gehetzt worden. 2) in Minden demnuzierte der örtliche Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes seine Kollegen auf der Fabrik, sie wurden entlassen. 3) Der christliche P. Broich wurde wegen seines unqualifizierbaren Verhaltens von der Polizei aus der Versammlung gewiesen. 4) Die Hagener Zahlstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes lieferte dem Abgeordneten Beumer das Material gegen die Arbeiterchaft im deutschen Reichstage. 5) Professor Sombart verurteilte noch im letzten Jahre die christlichen Gewerkschaften, wegen ihres christlichen Charakters.

Demgegenüber stellen wir in der Versammlung fest, soweit als uns möglich, das andere helen wir hier nach:

1) Es ist unwahr, daß in Beleda die Arbeiter von den Christlichen in den Streit gehetzt worden sind, wenn Sie aber so schlecht informiert sind, erkundigen

Sie sich bei Ihrem Gewerbevereinskollegen Lange-Hannover. 2) Unwahr ist, daß in Minden jemand vom örtlichen Vorsitzenden demnuziert worden ist, weil wir bisher in Minden noch keine Zahlstelle gehabt haben. 3) Es ist unwahr, daß Broich von der Polizei aus der Versammlung ausgewiesen wurde. 4) Ich ersuche Zöllner, den Beweis zu erbringen, daß unsere Kollegen von Hagen dem Abgeordneten Beumer Material geliefert haben, es wird ihn nicht gelingen, weil es unwahr ist. 5) Professor Sombart ist es gar nicht eingefallen, die Christlichen im letzten Jahre zu verurteilen, vielmehr sagte er auf dem Breslauer Kongress im Jahre 1906:

„Wer hätte noch vor fünf Jahren daran gedacht, daß die christliche Gewerkschaft eine solche Macht werden würde. Von allen Seiten sind Ihnen die Massen zugeströmt usw.“ (Protokoll Breslauer Kongress S. 26).

Hoffentlich genügt diese Charakterisierung Herrn Zöllner. Herr Zöllner erging sich einer derart provozierenden Weise, daß die Versammlung in stürmischen Widerspruch ausbrach, so daß der Vorsitzende die Versammlung mehreremale vertagte, um sie vor Auflösung zu bewahren. Das Streben des Herrn Zöllner, war klar, er wollte die Versammlung zur Auflösung bringen, deswegen entzog ihm der Vorsitzende das Wort, es war mittlerweile 1 Uhr nachts geworden.

Kollege Weinbrenner nahm sich des Herrn Zöllner an, aber Herr Zöllner war keiner Belehrung zugänglich; er kniff aus vor der Wahrheit, die er stranguliert hatte. Arbeiter Herlohns, von jeher haben sich allerlei Volksbeglücker um euch bemüht, zeigt ihnen, wohin ihr gehört, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, der vertritt eure Interessen mit allem Nachdruck unter Achtung eurer politischen und religiösen Ueberzeugung.

Aus dem Sauerlande. Der Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Arnberg, Meischede und Brilon sagt von der Metallindustrie in ihrem Bezirk, daß nicht nur alle Zweige derselben vollauf Beschäftigung hatten, sondern auch, daß nicht einmal alle Bestellungen, infolge mangelnder Rohmaterialien, erledigt werden konnten. Alles gab sich einer gewissen Zuvorsicht hin, da auf einmal kommt von Neheim die Nachricht, daß die dortigen Werke zum Teil die Arbeitszeit von 10 auf 7 Stunden herabsetzen, oder ganz empfindliche Affordreduzierungen vornahmen. Wie es heißt „aus Mangel an Aufträgen.“ Da muß man sich schließlich mit abfinden, braucht aber nicht der Meinung zu sein, daß es andere Auswege nicht gibt. Aus folgenden Gründen: wenn Bestellungen vorliegen, dann wird drüber hergefallen, am liebsten, machte man die ganze Bestellung auf einmal fertig. So war es in Neheim, und ist es in Neheim. Denn augenblicklich gibt es in Neheim noch Betriebe, die vollauf beschäftigt und wo noch tagtäglich Ueberstunden in Hülle und Fülle gemacht werden. Dem Fabrikanten kann es nicht übel geendet werden, wenn er bestrebt ist, seine Aufträge möglichst schnell fertig zu stellen, denn in der Hitze liegt zum großen Teil der kommerzielle Erfolg. Aber es gibt auch noch andere Kreise, die hier nicht nur interessiert sind, sondern auch empfindlich geschädigt werden, nämlich die Arbeiter. Gerade die Arbeiterchaft hat das größte Interesse daran, daß möglichst stabile Arbeitsbedingungen herrschen und dadurch stabile Einkommensverhältnisse herbeigeführt werden. Um dieses drehen sich seit langer Zeit die Erörterungen in den Organisationen der Arbeiter.

Dort wo die Arbeiterchaft nun gut organisiert ist, wird sie mitbestimmend auf die Erhaltung der Verhältnisse einwirken, können, nicht nur in guten Zeiten, und in Form von höheren Löhnen u., auch durch Vermeidung von allem, was das Anhalten der guten Konjunktur beeinträchtigen könnte, Ueberstunden u., sondern auch in weniger guten Zeiten durch Abwehren geplanter Verschlechterungen u. Wäre in Neheim nach diesen Rückschlüssen gehandelt worden, könnte in Neheim nicht verzeichnet werden, daß dieselben Leute, welche in dieser Woche 75-78 Stunden arbeiteten, in der nächsten mit 42 vorlieb nehmen mußten, daß hierbei eine Einnahme-Ausfall von 30 bis 40 Prozent und mehr verbunden ist, versieht sich am Rande. Dieses braucht in Neheim nicht der Fall zu sein. Eins ist aber Vorbedingung, gute gewerkschaftliche Organisation. Das hielten die Neheimer Arbeiter zum größten Teil für überflüssig, hielten Bierbankreden und suchten ihr Heil in allem möglichen Alimbin. Jetzt ist die Bekehrung da. Einen Fabrikanten hierzu verantwortlich zu machen, wäre Vorheit, niemand kann aus seiner Haut heraus. Schuld an diesen Umständen sind diejenigen, die immer dabei sind, „wenns

nichts kostet, und bei jeder sich bietenden Gelegenheit Leute, die jahrelang ihre Kraft in den Diensten der Arbeiterschaft gestellt, zu verdächtigen.

Wie anders stehen die organisierten Metallarbeiter in anderen Teilen des Sauerlandes da, zu Beispiel in Olberg und Wime. Im ersteren konnten die Kollegen in dem letzten Jahre ihr Einkommen um 200-300, im letzteren Orte um 1 bis 200 Mk. verbessern, gestützt auf den Zentralverband christlich-sozialer Metallarbeiter, eine Organisation, die bald über eine halbe Million Kassenvermögen und eine wöchentliche Einnahme von circa 150 000 Mark verfügt. Es ist dieses etwas anderes wie eine Lokalorganisation, die immer nur auf einem engem Kreis beschränkt und bei der kleinsten Ausperrung schachmatt gesetzt ist. Im letzten Grunde imponiert dem Unternehmertum nur die finanzielle Stärke des Gegners, ist diese gut, wird dasselbe es gar nicht auf einen Streit ankommen lassen, und vorher eine Einigung herbeiführen. deswegen auch die Erfolge des christlichen Metallarbeiterverbandes im Sauerlande, ohne Streit. Mögen alle Metallarbeiter des Sauerlandes, vor allen Dingen die Reheim-Hütten die Nutzenwendung ziehen, dann werden Dinge, die die jetzt selbstverschuldeten, nicht mehr vorzukommen. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Dortmund. Die Lage der Walzwerks- und Hochofenarbeiter und wie können wir dieselbe verbessern? unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Metallarbeiterverbände einberufenen Feuerarbeiterkonferenz in Duisburg. Das war das Thema, worüber Gewerkschaftssekretär Kollege Brel in einer am Freitag, den 16. August im Saale des Herrn W. Rheinischestraße, tagenden öffentlichen Feuerarbeiter-Versammlung der „Union“ referierte. Es wurde zuerst geführt, auf die einzelnen interessanten, in Beifall aufgenommenen Ausführungen hier des näheren einzugehen. Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung nahm zum Schluß folgende Resolution einstimmig an:

Die am 16. August im Saale des Herrn W. tagende öffentliche Feuerarbeiter-Versammlung der „Union“ in Dortmund erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Anwesenden begreifen es, daß der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands, tatkräftig die Sache der Feuerarbeiter vertritt; die Versammlung verspricht, eifrig für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen, die nur durch eifrige Mitarbeit der Feuerarbeiter selbst ihre Lage verbessert werden kann. Die Versammlung appelliert an die Reichsregierung behufs Beschleunigung der derzeit in beschlossenen Erhebungen in den Feuerbetrieben und erucht um bald mögliche gesetzliche Regelung des Arbeiterschutzes in den Feuerbetrieben im Sinne der vom christlichen Metallarbeiterverbande auf der Konferenz der Feuerarbeiter in Duisburg vom 11. August 1907 vorgeschlagenen Resolution.

Der Erfolg der Versammlung war, daß eine Reihe Feuerarbeiter sich dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Weitere Anmeldungen zu Beitritt werden auf der Geschäftsstelle obigen Verbandes, Lütkebrückstraße 7, entgegengenommen.

Radevormwald. Dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband — vor kurzem hier gegründet — gehören zur Zeit schon über 70 Kollegen an. Die Sozialdemokraten, welche hier im Orte nicht recht vorwärts kommen, scheinen hier vor nicht sehr erbaut zu sein und ihre tatsächliche Verärgerung dokumentieren die Genossen durch ihr rigoroses Verhalten gegenüber den christlichen Kollegen. Vor allem tun sich dabei die Mitglieder des sozial. Metallarbeiterverbandes hervor. In den Fabriken, wo diese Herren dominieren, wird den christlichen Kollegen in einer Weise zugelegt, daß man annehmen muß, nicht Anhänger der persönlichen „Freiheit“ und „Gleichheit“, sondern die schlimmsten russischen Terroristen seien am Ruder. Wiederholt mußten die Kollegen des christl. Metallarbeiterverbandes in ihren Mitglieder-Versammlungen sich mit roten Metallarbeiterverbänden befassen, die in fleißiger Weise sich Einlaß verschafft hatten und versuchten, die Versammlung zu stören. Gewöhnlich drehte sich die Auseinandersetzung um die Frage, weshalb hier christliche Gewerkschaften gegründet würden, als ob die Arbeiterchaft daselbst, die zum großen Teile noch gut christlich ist, notwendig den Sozialisten anhängen müsse.

Eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Warum organisieren wir uns christlich?“ hat nun am Sonntag, den 18. August seitens des christl. Met.-Verb. hier stattgefunden, und war dieselbe von über 500 Personen besucht. Um Gelegenheit zu nehmen, einmal ihren Spiritus leuchten zu sehen, hatten die Genossen sich zwei auswärtige Redner verschrieben und die großen und kleinen Klaffer aus einem Umkreis von mehreren Stunden waren zusammengetrieben. War das eine Gesellschaft! Trotzdem der Referent, Kollege Broich, der in zweieinviertelstündigem Vortrage sich seiner Aufgabe in sachlicher Weise erledigte, den Genossen eingangs der Versammlung freie Redezeit in der Diskussion (der gegnerische Redner sollte eine Stunde in der Diskussion reden. D. G.) angetragen hatte, wurde der Referent durch Offizieren in der unangenehmsten Art unterbrochen. Das geschah unter Zustimmung der beiden „freien“ Wortführer. Wer

nicht glaubte, dem zeigten die Gemeinheiten und Ausführungen aller niedrigerer Art, welche der erste Diskussionsredner Genosse Schnabrich kübelweise vortrug, daß es so war. Dieser Mann sprach eine Stunde. Uebergenug waren 15 Minuten, da er kaum 5 Minuten zu sachlichen Erwiderungen verbandte, alle übrige Zeit mißbrauchte er zur Rederlichkeit. Wie die Geistesbeschaffenheit dieses Menschen, der eigentlich nicht in eine anständige Versammlung paßt, ausnahmsweise folgendes: Der Referent hatte dargelegt, um die Geistesrichtung der sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu kennzeichnen, daß die Bibliotheken dieser Verbände zum nicht kleinen Teil aus Schundliteratur bestehe; so sei die Schrift „Wider die Pfaffenherrschaft“ eine der wichtigsten, die er kenne, trotzdem aber werde dieses Werk, welches von lauter Sudeleien und Gemeinheiten froh, den soziald. Gewerkschaftlern als bildende und kulturfördernde Lektüre empfohlen. Das war aber für einen Genossen wie Schnabrich Grund genug, in geradezu schmutziger Weise über die Päpste, Priester und Ordenspersonen herzufallen, ja sogar die ganze christliche Welt wurde von dieser Geisteszüchter mit Unrat beworfen. Ob Schnabrich früher Schweinezüchter war, wissen wir nicht, jedenfalls hat er das Zeug dazu. Das Werk „Rosenow's“, welches seinerzeit, als der Gemeinheiten doch zu viel enthaltend, von einem Teile der soziald. Presse abgelehnt wurde, mag für einen Schnabrich und ähnliche Konjunkte als bildend erscheinen, nicht aber für anständige Menschen. Der Leiter der Versammlung war genötigt, den Schnabrich des Weiteren zur Ordnung und Sache zu rufen.

Der zweite sozialistische Redner war der Genosse Böller, ein schrecklicher Konfusionsrat, und es verlohnt sich nicht, uns näher mit ihm zu befassen. Im Schlusswort wurden beide gründlich heimgeleitet. Wenn etwas, dann hat diese Versammlung gezeigt, auf welcher Seite man sachlich zu diskutieren versteht. Öffentlich werden unsere evangelischen Kollegen von Rade aus dieser Versammlung die Mutanwendung ziehen und sich zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, denn dadurch werden sie den Genossen den nötigen Respekt einflößen.

Es sei noch erwähnt, daß eine Horde von etwa einem Duzend oder mehr Genossen in später Nachtstunde, — es war schon nach Mitternacht, — den Referenten als derselbe mit noch einigen Kollegen vom Versammlungstisch auf die Straße hrogab, verfolgten. Nur durch abermalige Einkehr in einer Wirtschaft, die glücklicherweise, nachdem der Wirtin die Sachlage erklärt, noch Einlaß gewährte, konnte ein Erzeß vermieden werden. Auch ein Beitrag zur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Christliche Kollegen zieht die Lehre hieraus!

Posen. Ueberaus traurige Verhältnisse herrschen hier bei den Kunst- und Bauhofsloren. Das glaubte die polnische und sozialdemokratische Metallarbeiterorganisation als Mittel zum Mitgliederfang benutzen zu sollen. Seit Monaten betreiben sie eine wilde Agitation mit den unglaublichsten Schlagworten und Phrasen. Dann ging in die Lohnbewegung hinein. Man frage aber nicht wie? Ohne die nötigen Vorarbeiten wurden Forderungen der Gehülfe eingereicht. Verlangt wurden für jugendliche Gesellen 30 Pfg., im zweiten Gesellenjahr 35 und für Vollgesellen 45 Pfg. Stundenlohn. Die Unternehmer weigerten sich, diese Sätze zu bewilligen. Darauf wurde der Streik proklamiert, und zwar, wie sich nachträglich herausstellte, ohne die Genehmigung seitens der Verbandsleitungen zu haben. Geld für Unterstützung war keins vorhanden; die sozialdemokratischen Genossen versuchten bei den roten Maurern zu pumpen, und trotz aller Bettelei und Fescherei sollen die Streikenden nur 3-7 Mark pro Woche erhalten haben. Bei der polnischen Organisation war die Not nicht minder groß.

So hatten die Unternehmer leichtes Spiel. Sie konnten den Arbeitern leicht diktieren, die genasführten Kollegen müssen sich dem fügen. Am 9. August wurde der Streik aufgehoben, aber nicht, ohne daß vorher der sozialdemokratische und polnische Verband eine für die Arbeiter verhängnisvolle Vereinbarung für drei Jahre, nämlich bis zum 31. März 1910 getroffen hatten. Gemäß diesem „Tarif“ erhalten die jugendlichen Gesellen 24, im zweiten Gesellenjahr 26 und die Vollgesellen 40 Pfg. pro Stunde. Arbeitszeit 10 Stunden. Für Nacht- und Sonntagsarbeit soll eine kleine Mehrvergütung gewährt werden.

Diese Löhne, für die heute kaum noch ein ungelehrter Tagelöhner arbeitet, hatten die hiesigen Schlosser und Schmiede auch schon vor dieser verpöblichten Lohnbewegung, zum Teil sogar noch höhere. Und jetzt müssen sie bis 1910 damit zufrieden sein; das haben sie den vollständig unfähigen Führern des roten und polnischen Verbandes zu verdanken. Die Unzufriedenheit der betroffenen Arbeiter ist auch demgemäß groß. Eine Anzahl Kollegen haben sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen, weil sie von der Interessenvertretung in den anderen Organisationen mehr wie genug haben. Metallarbeiter von Posen, ob deutscher oder polnischer Sprache! An diesem Vorgang mit seinem jammervollen Ende könnt ihr ersehen, wie in jenen Ländern die Arbeiterinteressen vertreten werden. Hinzu aus diesen Organisationen, schließt euch Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband an, der wird eure elende Lage verbessern, wenn ihr euch selbst mitrührt, wenn ihr alle eurer Organisationspflicht genügt.

Forstheim. Der größte Schutt im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant. Das mag sich auch ein hiesiger Obergewerke merken und hinter d. S.iegel bedenken. Die Metallschleifer der Firma Schmoll hielten kürzlich eine Fabrikversammlung ab, ab, zu der ein Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes und ein solcher des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingeladen waren. Es galt einige Mißstände zu besprechen, die sich bei genannter Firma in letzter Zeit fühlbar machten und für Abstellung zu sorgen. Unser Kassierer Kollege Hesselwerdt, der zugleich bei der Firma Sch. den Posten eines Vorarbeiters verzieht, besprach die vorhandenen Mißstände in ganz sachlicher Weise. Genosse Strobeder, der als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes anwesend war, konnte nur nichts Siligeres tun, als so schnell wie möglich den Rabinettmeister (Geschäftsführer) der Firma Sch. auf offener Straße zur Rede stellen und denselben vorzuhalten, wie er dazu komme, die

Christlichen vor den frei Organisierten zu bevorzugen und so weiter. Als nun Herr W. sagte, er wisse doch gar nicht, wo die Leute alle organisiert seien, sagte des Kollegen Hesselwerdt:

In Wirklichkeit ist aber in der ganzen Versammlung kein Wort von Bevorzugen der Christlichen gefallen, auch nicht dem Sinn nach und tatsächlich haben Christliche wie Note unter den Mißständen (Aussehen) zu leiden gehabt. Wenn wir nun dem Genossen Strobeder nicht alle geistigen Fähigkeiten, die ein Arbeiterführer haben sollen, abprechen wollen, so müssen wir zu dem Schluss kommen, daß er den betr. christl. Kollegen absichtlich benunziert und sich obendrein die ganze Sache zurecht gelogen hatte. Daß unser Kollege S. keinen weiteren Schaden dadurch erlitten hat, ist hauptsächlich der Gerechtigkeit der Betriebsleitung und dem Umstand zu danken, daß auch die freien Gewerkschaftler das Vorgehen des Genossen S. mißbilligten und dem Rabinettmeister W. gegenüber die Sache so bekräftigten, wie Kollege S. es ausgeführt hat.

Für eine solche Arbeitervertretung haben wir nur ein kräftiges Psui!

Algringen (Lothringen). Ueber das Thema: Die Hüttenarbeiterkonferenz in Duisburg und welche Lehren ziehen die Hüttenarbeiter Lothringens daraus, referierte Kollege Engel-Diedenhofen letzten Sonntag in einer öffentlichen Versammlung hier im Lokale Josten. Zunächst sprach Redner über die Mißstände in den Hütten Lothringens. In den Eisen- und Stahlwerken bestehen hier noch unmenschlich lange Arbeitszeiten. Lothringen und Oberschlesien werden sich gegenseitig den Ruhm streitig machen dürfen, die traurigsten Arbeitsverhältnisse zu haben. In sämtlichen Feuerbetrieben (Hochöfen, Stahl- und Walzwerken usw.) herrscht noch eine ununterbrochene zwölfstündige Schicht. Ja, es kommt sehr häufig vor, daß die Arbeiter an den Deisen und Walzenstrahlen erst am späten Nachmittag oder gar nicht ihr Mittagessen zu sich nehmen können. Auch wurde festgestellt, daß Arbeiter schon 36, 40 und noch mehr Stunden nicht vom Werke gekommen sind. Daß es aber leicht wäre, die achtstündige Schicht einzuführen, beweist ein Fall eines Lothringer Hüttenwerkes, von dem der Gewerbeinspektor berichtet: Der Hüttendirektor hatte in den Feuerbetrieben nach und nach die Achtstundenschicht eingeführt. Es ging ganz gut, die Leistung blieb auf der Höhe, der Lohn wurde nicht geringer; das Werk stand sich bei der Achtstundenschicht ebenso gut, wie vorher bei der Zwölfstundenschicht. Da kommandierten die Aktionäre dem Direktor, er müsse wieder die Zwölfstundenschicht einführen, da dem Streben der Arbeiter auf Arbeitszeitverkürzung kein Vorschub geleistet werden dürfe. Auch an sanitären Einrichtungen fehlt es in den meisten Hütten. Wenn die Arbeiter in den heißen, gas- und staubgeschwängerten, schlechtgelüfteten Betrieben ihr Tagwerk beendet haben, dann sollen sie ihren Körper gründlich reinigen können durch ein Bad. Aber in den wenigsten Werken bestehen Wasch- und Badeeinrichtungen. Schweißgebadet, schmutzbedeckt und todmüde muß der Hüttenmann den Nachhauseweg antreten. Die Lungenschwindsucht ist unter den Hüttenarbeitern sehr stark verbreitet, gefördert durch die schwere Arbeit und allzulange Arbeitszeit.

In manchen Hütten wird den Arbeitern zugemutet, Wasser zu trinken, das total unrein ist. Sehr häufig wird auch geklagt über das gänzliche Fehlen von Trinkwasser. Die Aborte sind oft wahre Schweinefläße, voll Rot und Schmutz, die reinsten Peststätten. Viele Klagen liegen vor über rohe, sich im pflichte Behandlung. Ja, nicht selten vergreifen sich Vorgesetzte auch tätlich an Arbeitern.

Auch die hier bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen wurden scharf unter die Lupe genommen, und es stellte sich heraus, daß die Pensionskassen, Veranmerkungen und Prämienysteme die Arbeiter in einer unwürdigen Abhängigkeit halten. Doch wenn wir die Mißstände besichtigen wollen, so müssen wir auch dem Beispiele der Hüttenherren folgen. Diese haben schon längst eingesehen, daß sie nur geschlossen eine starke Macht bilden. Die Parole einer für alle, alle für einen, soll von nun an die Parole der Hüttenarbeiter Lothringens sein.

An der nun folgenden Diskussion beteiligte sich auch der sozialdem. Gewerkschaftsführer Kaspar Berg. Er gab zu, daß dieses Mal der christliche Metallarbeiterverband den „freien“ Gewerkschaften zuvorgekommen wäre, aber da die ersten Führer früher im deutschen Metallarbeiterverbande (soll heißen sozialdem.) organisiert gewesen wären, so solle der Ruhm, für die Hüttenarbeiter zuerst eingetreten zu sein, auf den deutschen Metallarbeiterverband zurück. (Eine haarsträubende Logik!) Daß auch die christlichen Gewerkschaften sozialdemokratisch seien, beweist die Forderung des Achtstundentages für die Hüttenarbeiter. (O, solcher Schlaupfiff!) Auch gab er den Anwesenden den Rat, in Zukunft nichts mehr zu unternehmen ohne die „freien“ Gewerkschaften, denn es könnte nur im Interesse der Arbeiterklasse liegen, wenn auch die freien Gewerkschaften Mitglieder bekämen in Lothringen.

Von einigen christlich organisierten Bergarbeitern wurde ihm aber gleich geantwortet, einmal hätten die Roten Arbeitererrat getrieben hier, aber es sollte ihnen nicht mehr gelingen in Lothringen. Für uns Lothringer gibt es nur eine Gewerkschaft, und dies ist die christliche. In einem kurzen, kräftigen Schluss-

wort (der Obergewerke hatte beim Beginn des Schlusswortes die Flucht ergriffen) forderte Kollege Engel die Anwesenden auf, mitzuhelfen und eine Macht zu schaffen für die Hüttenarbeiter in unserm Verband, daß wir das Ziel erreichen könnten. Kein Kollege dürfe mit verstränkten Armen zusehen in dem Kampfe für unser Recht und unsern Stand, jeder solle freudig und stundesbewußt mitarbeiten an unserm großen Werk.

Reheim. Wie die sozialdem. „Metallarbeiterzeitung“ ihren „alten Gewerkevereinler“ (S. D.), so hat der „Regulator“ seinen „katholischen“ Mitarbeiter entdeckt, der in der letzten Nummer des Regulator sehr konfuse Mahnworte an die katholischen christlichen Führer richtet und seinen katholischen Kollegen die Schmähschrift von Erkelenz als Born der Weisheit und Wahrheit angelegentlich empfiehlt. Er schließt seine Epistel mit folgendem ebenso „neutralen“ wie konfusem Satz:

„Eine Debatte über Gewerkevereinsorganisation zwischen einem Katholiken und einem Protestanten ist sachlich zu erledigen, wohl aber niemals eine Debatte über christliche Arbeiterorganisation, denn die Kluft zwischen beiden Konfessionen ist niemals durch christliche Gewerkschaften zu überbrücken, solange einem Protestanten ein Marienbild ein Greuel ist und ein Katholik sich an einem Lutherbild ärgert.“

Dieser blühende Unsinn kann nur den einen Zweck verfolgen, in konfessioneller Heze zu machen, denn sachlich wie logisch ist das Geschreibsel Quatsch. In konfessioneller Heze aber haben die S. D. in letzter Zeit den Reford geschlagen, um in diesem trüben Gewässer einige Fischlein zu angeln. Wird ihnen herzlich wenig helfen können. Dem Regulator und seinem „katholischen“ Mitarbeiter empfehlen wir zur näheren Prüfung folgenden Fall, der sich hier in Reheim zugetragen hat:

Zwei S. D. Gewerkevereinler arbeiteten friedlich in einer Werkstat. Bößlich geht die Freundschaft in die Brüche und das kam so: Eines Tages gibt einer der beiden seiner Neutralität dahin Ausdruck, daß er die Religion und Geistlichkeit in nicht wiederzugebender Weise beschimpft. Zwischen beiden entsteht deshalb ein Wortwechsel, und der Religionsverächter nennt den Verteidiger der Religion „einen fanatischen Hund“. In der nächsten Versammlung des S. D. Gewerkevereins kam der Fall zur Sprache, allein der Verteidiger seiner Religion muß wohl kein Recht bekommen haben, er trat aus dem S. D. Gewerkeverein aus. Ob der Reheimer Arbeiterschaft nun bald die Augen aufgehen und ihnen klar wird, wohin sie gehören.

Ein anderer Fall, der die Kollegialität in S. D. Kreisen drastisch beleuchtet: Bekanntlich wird in Reheim in einer Fabrik wegen schlechter Geschäftslage täglich nur 7 Stunden gearbeitet. Da soll denn ein S. D. zum Meister gegangen sein und gebeten haben, ihm 2 Mk. pro Woche mehr zu geben, dann wolle er die Arbeit des 2. Mannes noch mit verrichten. Also für 2 Mark wöchentlich will man seinen Mitarbeiter brotlos machen.

Sindlar. Infolge der äußerst günstigen Konjunktur beschäftigt die hiesige Feilenfabrik Firma Carl Klein eine Anzahl Heimarbeiter, alles unorganisierte Berufskollegen. Daß die Leute für die Firma arbeiten, verargt ihnen ja niemand, zum wenigsten ihre in der Fabrik beschäftigten Kollegen. Daß aber diese Arbeiter, welche doch auch von der durch ihre organisierten Kollegen vor einem halben Jahre erwirkten Lohnerhöhung profitierten, trotzdem der Organisation hartnäckig den Rücken zuzehren, kann uns durchaus nicht gleichgültig sein, zumal, wenn, wie es von Seiten eines Heimarbeiters geschehen sein soll, gesagt wird, er arbeite lieber für die Firma Klein als nach Remscheid, obschon bekannterweise die Löhne in Remscheid bedeutend höher sind als hier. Sehen denn diese Arbeiter nicht ein, daß solche unbedachten und grundlosen Außerungen für ihre organisierten Kollegen nur schädigend sein können, und wird die Firma daraus nicht ihre Konsequenzen ziehen? Werte Berufskollegen, wir alle kämpfen doch für unsere eigenen Interessen, für unser soziales Wohl; wollt Ihr da müßig zusehen, daß andere für Euch die Kastanien aus dem Feuer holen? Oder glaubt Ihr etwa, es gereichte einem zur Ehre, sich auf Kosten anderer zu bereichern? Denn sind es nicht auch unsere sauer verdienten Arbeitsgroßen, die wir dazu opfern, um unsere wirtschaftliche soziale Lage zu verbessern? Sagt doch ein altes Sprichwort: Wer ernten will, muß säen. Daher folgt dem Beispiel von vielen Euerer Arbeitskollegen, und schließt Euch der christlichen Gewerkschaft Eueres Berufes an! Der Kampf um die wirtschaftliche und geistige Hebung der arbeitenden Klasse ist des Schweißes der Edelsten wert: Hoch die Solidarität der christl.-nationalen Arbeiterbewegung!

Wärfelen. Um den schwachen Versammlungsbesuch, welcher in letzter Zeit in unserer Ortsgruppe eingetrieben war, Einhalt zu tun, sah sich der Vorstand veranlaßt, die Mitglieder in Form eines Flugblattes noch einmal auf die Wichtigkeit der Versammlungsbesuche hinzuweisen. Wir wollen dieses Flugblatt hier auszugsweise wiedergeben, damit alle Mitglieder unseres Verbandes, welche es angeht, es beherzigen und in Zukunft danach handeln können. Was tut vor? Geistige Schulung und Bildung des Arbeiterverbandes. Gerade heute, wo der Arbeiterstand noch

asseltiger Hebung seiner wirtschaftlichen Lage strebt, ist die geistige Ausbildung des Arbeiterstandes zu unbedingten Notwendigkeiten geworden. Dem Arbeiter tut sozialpolitische Schulung not. Wo und wie wird uns Aufklärung geboten? 1. Durch eifriges und aufmerksames Lesen des Verbandsorgans, sowie durch Benutzung der Bibliothek. Dann aber auch zweitens durch regelmäßigen Besuch der monatlichen Mitgliederversammlung. Der Zweck dieses Flugblattes ist, auf letzteren Punkt noch einmal ganz besonders hinzuweisen. Es war gerade beschämend, daß in den letzten Mitgliederversammlungen nur ein Teil unserer Mitglieder anwesend war.

Das muß anders werden! Dieser Indifferentismus, diese Interessenlosigkeit muß verschwinden. Ein jedes Mitglied muß sich noch einmal der Pflichten bewußt werden, die es dem Verbands gegenüber hat und jeder Kollege muß einmal zeigen, daß er nicht bloß zur Stelle ist, wenn er etwas vom Verbands zu verlangen hat, sondern auch, wenn er für den Verbands ein kleines Opfer an Zeit bringen muß. Darum nehme ein jeder Kollege es sich zum Vorzweck, keine Versammlung mehr zu versäumen.

In unseren Mitgliederversammlungen erhält der Kollege nicht bloß Aufklärung über unsere soziale Gesetzgebung, sondern auch auf gewerkschaftlichem sowie volkswirtschaftlichem Gebiete. Hier wird der Kollege zu einem geschulten und disziplinierten Gewerkschaftler erzogen, denn von dem Augenblicke an, wo man mit einem geistig hochstehenden und disziplinierten Arbeiterstand rechnen muß, wird man unsere Forderung, uns als gleichberechtigten Faktor im wirtschaftlichen Leben anzuerkennen, nicht länger mehr abschlagen können.

Darum Kollege, wer es ehrlich meint mit der Hebung seines Standes, der muß hier seinen ganzen Mann stellen. Schwere Kämpfe umtoben uns in der Gegenwart. Wer da mitmachen und nicht zurückgedrängt werden will, der muß ein geschulter Mann sein. Nur wer Intelligenz und Bildung besitzt, wird aus dem schweren Kampfe uns Dasein, den er zu führen gezwungen ist, als Sieger hervorgehen. Denn stets sind Intelligenz und Bildung Sieger geblieben gegen zehne, ja hundertfache Uebermacht der Rückständigkeit und Dummheit. — Darum Kollege! Bilde dich! Schule dich! Sprich einmal das große Wort: „Ich will!“

„Ich will, dies Wort ist mächtig
Spricht's einer ernst und still
Die Sterne reißt's vom Himmel
Dies eine Wort: Ich will!“

Und setze diesen Willen in die Tat um, indem Du jede Mitgliederversammlung regelmäßig und pünktlich besuchst.

Diesen Willen hatten auf der letzten Mitgliederversammlung am 18. August ein großer Teil unserer Mitglieder in die Tat umgesetzt, aber es waren noch nicht alle. Auch hier sagen wir noch einmal, „das muß anders werden.“ Der letzte Kollege muß sich seiner Pflicht bewußt werden. In der letzten Versammlung referierte Kollege Kropp in ausführlicher Weise über den „Arbeitsnachweis innerhalb unseres Verbandes“, welcher auf unserem Bezirksbureau in Aachen eingerichtet ist. An diesem Referate schloß sich eine lebhafte Diskussion, in welcher folgende Resolution eingebracht wurde, die einstimmig Annahme fand.

„Die heute am 18. August außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung empfiehlt nach Anhören des Referats über Arbeitsnachweis dem Bezirk, von heute ab in allen Ortsgruppen mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit des Arbeitsnachweises hinzuwirken. Ferner empfiehlt die heutige Versammlung, daß von Seiten der Bezirksleitung eine genaue Liste zu führen ist, um so jeder Zeit einen klaren Ueberblick über vakante Stellen zu haben.“

Hierauf sprach der 2. Vorsitzende Kollege Franz Schämmer über die Konferenz der Hütten- und Walzwerkearbeiter, welche am 11. August in Duisburg stattgefunden hat. Redner betonte ganz besonders, daß der christl.-soziale Metallarbeiterverband es gewesen ist, der zuerst mit Erfolg für die Hütten- und Walzwerkearbeiter eingetreten ist. Ein anderer Kollege forderte die anwesenden Hüttenarbeiter auf, jetzt mit aller Kraft in der Agitation unter den Hüttenarbeitern einzutreten. Nachdem noch einige Punkte erledigt waren und der Vorsitzende zu neuer uner müdlicher Arbeit für unseren Verbands, zum Wohle der Mitglieder sowie der Allgemeinheit angepornt hatte, wurde die schön verlaufene Versammlung mit dem christlichen Grusse geschlossen.

Amberg. In einer öffentlichen Versammlung am 5. August in die Aktiensälen sprach Kollege Konrad Münckerg über: Moderne Zeit und christliche Gewerkschaften. Er schilderte das Bestreben des arbeitenden Volkes nach wirtschaftlicher und geistiger Hebung mit besonderer Berücksichtigung der christlichen Arbeiterbewegung. Redner zog Vergleiche mit früheren Zeiten, dann auch die Unterschiede der einzelnen Stände in der Gegenwart hervorhebend. Wohl habe sich manches gebessert, doch auch heute sei die Lage des Arbeiterstandes noch sehr verbesserungsbedürftig. Die Organisation sei das einzige Mittel, um dem Arbeiter auf allen Gebieten zu seinem guten Rechte zu verhelfen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen Amberg's müßten das endlich einsehen und sich alle dem christl. Metallarbeiterverband anschließen. In der Diskussion brachte Kollege Siebzehrtriebhel einen Fall zur Sprache, der sich bei der Firma Suppermann u. Co. in Döselmühle zugegetragen hat. Ein dort beschäftigter Kollege war längere Zeit in Amberg im Spital und in Erlangen in der Klinik. Als er wieder herauskam, beanspruchte er eine Krankenunterstützung. Diese wurde dem Manne aber verweigert mit der Motivierung, seine Frau hätte ja während dieser Zeit gearbeitet. Auch auf öftere Vorstellung hin bekam der Mann kein Geld. Erst als vom Verbandsverschiedenen an die Firma geschrieben wurde, konnte unser

Kollege sein Geld haben. Da sieht aber bei der Krankenkassenverwaltung ein frei Organisierte. Dieser fand es aber nicht der Mühe wert, seinem Mitarbeiter zu seinem Gelde zu verhelfen. Im Schlußwort kam der Referent noch kurz auf die Preisverhältnisse zu sprechen und betonte, daß uns dieselbe in Amberg noch immer nicht genügend unterstütze. Deshalb ist es Pflicht der Kollegen, die am 1. Septbr. in Amberg erscheinende Arbeiterzeitung kräftigst zu unterstützen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit muß den christl. Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen sein. Wenn das Oberflächliche weggeschwemmt ist, muß man daran gehen, tiefe Wurzeln zu schlagen. Eine Arbeiterzeitung hat die Verhältnisse so, wie sie sie selbst verdient. Die Arbeiter, welche am meisten kritisieren, haben sich noch am wenigsten um die Organisation gekümmert. Wenn sich eine intelligente Arbeiterschaft zusammengefunden, dann wird sie auch in der Organisation etwas leisten können.

Literarisches.

Gelbe Gewerkschaften und vaterländische Arbeitervereine. Ueber vorstehendes Thema erscheint demnächst in dem Verlage der Wochenchrift „Die Arbeit“, G. Friedeheim zu Bochum, eine Broschüre, bearbeitet von dem Gewerkschaftssekretär Wallbaum-Bielefeld und Guttsche-St. Johann, sowie des Redakteurs Rafflenbeul und Reichstagsabgeordneten Franz Behrens. Die Broschüre behandelt ein aktuelles Gebiet und kann bei dem billigen Preise von 15 Pfg. die sofortige Bestellung empfohlen werden.

Die jüngsten gewerkschaftlichen Kämpfe. Vortrag des Kollegen Stegwald-Röln, in der Versammlung des Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Essen am 14. Juli 1907. Dieser für alle Gewerkschaftler sehr interessante und lehrreiche Vortrag ist im Verlage des christlichen Gewerkschaftskartells Essen in Heftform zum Preise von 5 Pfg. das Stück erschienen. 100 Stück 4 Mk., 1000 Stück 30 Mk. Nach auswärts das einzelne Exemplar gegen Einsendung einer 10 Pfg.-Marke. — Bestellungen sind zu richten: An die Geschäftsstelle des christl. Gewerkschaftskartells in Essen, Frohnhauserstraße 19.

Einladung

zur IV. w.-s. Konferenz von evangelischen Arbeiter- und Knappenvereinsmitgliedern und von evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften.

Am 15. September findet nachmittags 2 Uhr ab im großen Saale des Hansa-Hotels (Steeler-Tor, Essen) die nächste Konferenz statt. Folgende Tagesordnung liegt vor:

1. Stellungnahme zum § 23 des neuen preussischen Einkommensteuergesetzes. (Berichterstatter Arbeitersekretär Emil Hartwig.)
2. Diskussion und eventuelle Beschlusfassung. — Um 3 1/2 Uhr finden Spezialkonferenzen für Bergarbeiter, Metallarbeiter, Bauhandwerker und die übrigen Berufe statt. Generalthema: Wie fördern wir in den Kreisen unserer evangelischen Berufskollegen die christliche Gewerkschaftsbewegung und welche Mittel und Wege sind einzuschlagen, um die evangelischen Arbeiter in erhöhtem Maße für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen? Folgende Referenten sind vorgesehen: 1. Bergarbeiterkonferenz, Kollege Rinnbar, Recklinghausen. — 2. Metallarbeiterkonferenz, Kollege Rob. Gierß, Duisburg-Muhrort. — 3. Konferenz für die übrigen Berufe, Kollege Florenz Hahn, Essen.

Anschließend findet in jeder Spezialkonferenz eine allgemeine Aussprache statt. Die Kollegen werden aus vorstehender Tagesordnung ersehen, wie wichtig eine gute Beteiligung ist, wenn praktische Erfolge erzielt werden sollen. Deswegen möchten wir alle evangelischen Knappenvereine wie sämtliche Jahrestellen der christlichen Gewerkschaften bitten, sich die Bestätigung der Konferenz angelegen sein zu lassen. Die evangelischen Arbeitervereine und Knappenvereine mögen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und letztere evangelische Kollegen als Delegierte entsenden. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme, — sind es doch doch wichtige Fragen der Arbeiter, die auf der Konferenz besprochen werden sollen. — Darum auf zur vierten w.-s. Konferenz! — Mit deutschem Grusse! Das Komitee: Franz Behrens, Emil Hartwig, Florenz Hahn, August Oberhoffel, Hermann Rafflenbeul. Zuschriften wegen der Konferenz richtet man an H. Rafflenbeul, Essen, Jägerstraße 26. Pünktliches Erscheinen der Teilnehmer ist notwendig. Für genügend großen Versammlungssaal ist diesmal gesorgt, so daß alle Teilnehmer Platz finden.

Briefkasten der Verbandsleitung.

An verschiedene Anrufer! Wenn die Gewerkschaftsstimme schreibt: Wieber habe ich zu einer ähnlichen Erklärung verpflichtet, wie die Gewerkschaftsstimme in Nr. 33, wo die Redaktion von der Verbandsleitung desabonniert wurde, so ist das eine direkte und grobe Unwahrheit. Im Gegenteil hat sich Wieber auf Zureden von Kollegen, welche in der Gesamtbewegung eine leitende Stelle einnehmen, bezogen lassen, der Gewerkschaftsstimme auf ihre persönlichen Aurenempfehlungen nicht beimzahlen, wie sie es verdient hätte. Alle gegenwärtigen Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. W.

Das Strafporto mehrt sich wieder in letzter Zeit. Es vergeht fast kein Tag, daß nicht ungenügend frankierte Sendungen einlaufen. Montag früh muß bei einer Postbestellung Strafporto gezahlt werden. Briefe von Kollege P. B. Düsseldorf, B. R. Raff J. H. Mülheim-Rhein. Die Korrespondenten werden nochmals ersucht, alle Sendungen genügend zu frankieren.

Essen-Lothringische Gewerkschaftskonferenz.

Es sei nochmals auf die am 15. September in der Restauration „Zum Römer“, bei den Gewerkschaften in Strassburg stattfindenden allgemeinen Konferenz der christl. Gewerkschaften Essen-Lothringens aufmerksam gemacht. Dieselbe beginnt vormittags 10 Uhr. Delegierten sind gebeten, sich sofort beim Kollegen Heinrich Kuhn in Strassburg, Wassermeisterstr. anzumelden. Dieselben werden im Bahnhof von einem mit einem Abzeichen (rot-weiße Rosette) versehenen Kollegen empfangen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Konferenz gut besucht wird. J. A.: Franz Fischer, Mülhaustr. 19, Wohltätigkeitsstraße 19.

Versammlungs-Kalender.

- Duisburg-Großenbaum.** Sonntag, den 1. September, nachm. 5 Uhr bei Römer.
- Dortmund.** (Kleingewerbe.) Montag, 2. September, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung.
- Dortmund.** Samstag, den 31. August, abends 9 Uhr Mitgliederversammlung.
- Essen** (Kleingewerbe). Samstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr.
- Essen-Zegeroth.** Sonntag, den 1. September, abends 8 Uhr im Josephshaus Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz. Sämtliche Vertrauensmänner der Sektion müssen erscheinen.
- Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 1. September abends 7 1/2 Uhr im Verbandslokale, Wirt Blötgen, Frohnhauserstr., Versammlung, Frauen der Mitglieder freundlichst eingeladen.
- Essen-Vollmerhausen.** Sonntag, den 1. September, vormittags 11 Uhr im Verbandslokale, Wirt Hülsewische, Hobeisestraße, Versammlung. Sämtliche Mitglieder müssen hierzu erscheinen.
- Essen-Steele.** Sonntag, den 1. September, vorm. 11 Uhr im Verbandslokale, Wirt Honings, Chausseestraße, Mitgliederversammlung.
- Gelsenkirchen-Buhrke.** Samstag, den 31. August, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Reiche.
- Gelsenkirchen-Güllen.** Sonntag, den 1. September, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Brog.
- Gelsenkirchen-Nienstadt.** Sonntag, den 1. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Ratus.
- Hamm** (Ortsverwaltung). Sonntag, den 1. September, vormittags 11 1/2 Uhr Versammlung bei Drees, Wilhelmstr. Bericht erstattung über die Hütten- und Walzwerkekonferenz, Gewerkschaftswahl und Beschlusfassung über das Verbandslokale. Rein darf fehlen.
- Ortsverwaltung Karlruhe.** 1. Vorsitzender Julius Arnold, Schloffer, Eschestr. 56, 4ter Stod, rechts. Dasselbst wird abends von 7-9 Uhr Auskunft erteilt, sowie Reiseunterstützung ausbezahlt. 2. Vorsitzender Gottfried Eannewald, Uhländstr. 2, 3ter Stod. Versammlungslokale befindet sich jetzt „zum Prommenadenhaus, Kaiserallee 13.
- Lünen.** Samstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Müllmann.
- München.** Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr Delegiertenkonferenz im „Goldenen Anker“. Die Mitgliedsbücher an den Vorsitzenden Jos. Rauch abliefern. Ab 1. September wohnt der selbe Weinbaurstraße 2 III.
- Paderborn.** Sonntag, den 1. September (Agitations-) Ausflug nach Salzkotten. Die Kollegen versammeln sich um 5 Uhr nachm. am Hauptbahnhof. Abfahrt 5,26 Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
- Stettin.** Sonntag vorm. 11 1/2 Uhr Abrechnung. Besprechung über Agitation. Es ist Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes sowie Vertrauensmannes, zu erscheinen.
- Wasseraalungen.** Sonntag, 1. September, nachmittags 4 Uhr im „Lamm“ in Wasseraalungen Monatsversammlung. Rein Mitglied darf fehlen.
- Wülfelen.** Die nächste Sprengelversammlung findet am Samstag, den 31. August, abends 9 Uhr in Saal bei Göbbel statt. Unorganisierte mitbringen.

Mehrere tüchtige Hüttenarbeiter finden lohnende und dauernde Stellung in Lothringen. Kollegen, die gewillt sind, hierher zu verziehen, wollen sich melden an Emil Engel, Gewerkschaftssekretär, Dierdenhofen in Lothr., Reherstraße 19.

Arbeitersekretär gesucht!

Das Gehalt beträgt inkl. Mietentschädigung 2000 Mark. Geeignete Bewerber, welche in kath. Arbeitervereinen bzw. Volksvereinen bereits längere Zeit tätig gewesen sind, wollen sich unter Vorlage etwaiger Zeugnisse bis zum 5. Sept. beim Unterzeichneten schriftlich melden.
Gelsenkirchen, den 24. August 1907.
Der Ausschuss für das Sekretariat:
Kerstin, Vikar, 2. Vorsitzender.

Kiepenferl-
Tabake sind allen voraus!
1/4 Pfd.-Pakete à 20 Pfg. bis 1 Mark.
Überall käuflich!
Alleinige Fabrikanten:
Oldenkott-Rees.